Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 194. Donnerstag, den 20. August 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Verzicht auf Prinzipien.

☾ Die Nachricht, daß die gesamten bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, gewillt seien, im Wahlkreise Speier-Ludwigshafen einen gemeinsamen Kandidaten in der Person des Grafen Posadowsky aufzustellen, und daß die Anregung hierzu von liberaler Seite ausgegangen ist, bedeutet mehr, als es auf den ersten Blick scheint. Sie kann denjenigen, der die Entwicklung der deutschen innerpolitischen Zustände beobachtet hat, in keiner Weise überraschen. Trotz allem Hin- und Hergerede konnte man deutlich voraussehen, daß früher oder später das deutsche Bürgertum auf diesem Punkte anlangen werde, der nichts anderes bedeutet als den feierlichen, offiziellen Verzicht auf alle Prinzipien. Selbstverständlich ist der „Fall Posadowsky" nicht der einzige, auch nicht der erste seiner Art, wird auch bei weitem nicht der letzte sein; er ist vielmehr ein organisches Glied in einer langen logischen Kette, er eröffnet die Aussicht auf einen rapiden Zusammenbruch der politischen Prinzipien in Deutschland, und das ist es, was ihm seine Bedeutung gibt.

„Eine liberale Vertrauensmännerversammlung für den Bezirk Ludwigshafen hat beschlossen, die Kandidatur des früheren Staatssekretärs Grafen Posadowsky vorzuschlagen." So lautete die erste Meldung von der Sache, die vor ein paar Tagen durch die Zeitungen ging und nicht widerrufen wurde. Eine liberale Vertrauensmännerversammlung! Aber Graf Posadowsky ist doch ein konservativer Mann, hat doch aus seiner konservativen Gesinnung nie ein Hehl gemacht. Wie kann er da von liberalen Leuten als Kandidat aufgestellt werden? Der Gedanke wurde alsbald von der Nationalliberalen Korrespondenz aufgegriffen und durch die bekannten Worte von den „prominenten Persönlichkeiten" und „ragenden Männern" unterstützt, die „sich in keine Partei zwängen lassen" und doch in den Reichstag hinein gehören. Auf der anderen Seite meldete sich das „entschieden" freisinnige „Berliner Tageblatt" und begrüßte mit ermutigenden Worten „dieses Experiment, in einem Wahlkreise die Parteischablone zu durchbrechen." Und auch das Zentrum blieb nicht zurück, sondern ließ durch die „Kölnische Volkszeitung" verkünden, daß „einzig und allein diejenigen, die keine ausgesprochene Parteikandidatur, sondern einen außerhalb der Parteigegensätze stehenden allgemein angesehenen und hochverdienten Mann empfehlen, auf dem richtigen Wege seien; während zugleich die „Germania" dem Grafen Posadowsky die Unterstützung des Zentrums versprach.

So sehen wir denn alle maßgebenden bürgerlichen Parteirichtungen über diese Kandidatur ihren Segen aussprechen. Alle außer einer: der zunächst beteiligten, der konservativen. Noch am Sonntag begnügte sich die „Kreuzzeitung" damit, die Nachricht kurz und kühl zu registrieren. Die Konservativen habens ja auch nicht nötig, etwas dafür oder dawider zu sagen, denn sie sind die alleinigen Nutznießer dieser Affäre. Sie bekommen — falls Posadowsky gewählt würde — ein Mandat geradezu geschenkt, also versteht es sich doch ganz von selbst, daß sie nichts dagegen haben werden.

Also die Liberalen aller Schattierungen und ebenso das Zentrum verzichten darauf, in diesem Wahlkreis eigene Kandidaten aufzustellen, sie halten ihre politische Pflicht für erfüllt, wenn sie einen Konservativen zum Abgeordneten wählen, und das in einem Wahlkreis, wo von 1871 bis 1907, 36 Jahre lang, überhaupt keine konservativen Stimmen abgegeben worden sind. Nur ein einziges Mal, 1903, trat der Bund der Landwirte mit in Konkurrenz, der von über 36 000 abgegebenen Stimmen nur etwa 4700 erhielt. Das bedeutet also: Ein Wahlkreis, in dem keine Spur von konservativer Gesinnung vorhanden ist, soll von den Nationalliberalen und dem Zentrum an die Konservativen ausgeliefert werden.

Die Bedeutung dieses Vorgangs könnte auch dann nicht mehr abgeschwächt werden, wenn etwa das Übereinkommen sich in letzter Stunde zerschlagen und Graf Posadowsky nicht aufgestellt werden sollte. Denn das könnte nur an äußerlichen, im letzten Augenblick sich ergebenden Schwierigkeiten liegen, würde aber nichts an der Tatsache ändern, daß Liberale wie Zentrum in ihren Parteiprinzipien kein Hindernis gesehen haben, einen konservativen Kandidaten aufzustellen.

Das ist wieder ein Symptom dafür, wie rapid die alten bürgerlichen Parteigruppierungen in Deutschland zusammenbrechen und ihren Inhalt verlieren. Was zunächst den Liberalismus betrifft, so dokumentiert er durch diese Tat aufs neue, daß er sich in Deutschland überlebt und keine Existenzberechtigung mehr hat. Man muß bedenken, daß er es ist, der — wenn schon nur in seiner nationalliberalen Schattierung — die nächste Anwartschaft auf das Mandat hätte, sofern es überhaupt gelänge, die Sozialdemokratie aus dem Kreise zu verdrängen. Er brachte 1903 fast 14 000 Stimmen auf gegen nur ca. 8000 Zentrumsstimmen. Und nun will er selbst und freiwillig einen Konservativen an seine Stelle setzen! Das bedeutet, daß er grundsätzlich auf alle Grundsätze verzichtet. Er demonstriert der staunenden Welt, daß es heutzutage — in Deutschland wenigstens — ganz egal ist, ob man einen Konservativen oder einen Liberalen wählt. Da nun aber, im Prinzip wenigstens, die liberalen Bestrebungen den konservativen diametral entgegengesetzt sind und folglich ein ehrlicher Konservativer — und daß Graf Posadowsky ehrlich ist, wird gerade zur Empfehlung seiner Kandidatur jetzt von allen bürgerlichen Seiten betont — garnicht imstande ist, die liberalen Bestrebungen zu fördern, so bedeutet der Vorgang nichts anderes als daß der Liberalismus auf all das verzichtet, was an ihm liberal ist, und sich dem Konservatismus vollkommen unterordnet. Wenn die liberale Wählerschaft dem beipflichtet, so werden wir in Zukunft erst gar keine Blockpolitik mehr nötig haben, sondern es können die liberalen Wähler in Stadt und Land gleich direkt konservative Kandidaten wählen.

Doch auch für das Zentrum ist die prinzipielle Bedeutung des Vorgangs dieselbe. Zwar ist das Zentrum seinem Wesen und seinen Grundanschauungen nach eine konservative Partei. Auch gibt es nichts direkt auf, wenn es mithilft, an Stelle eines nationalliberalen Kandidaten einen konservativen zu bugsieren. Aber wiederum hat es doch seine bestimmten Gründe, daß neben den Konservativen noch das Zentrum, diese katholisch-konservative Partei, existiert. Diejenigen Grundsätze und Bestrebungen, die das Zentrum von den anderen konservativen Parteien trennt, müssen seinen Anhängern doch wichtig genug sein, um ihretwegen eine besondere Partei zu bilden. Und wenn nun das Zentrum einen konservativen Kandidaten aufstellt, so bedeutet das genau wie beim Liberalismus, daß es auf Vertretung und Förderung derjenigen Bestrebungen, die sein eigentliches Wesen ausmachen, verzichtet.

Beide Parteien bedenken nicht, daß für eine politische Partei das Vertrauen ihrer Anhänger die wichtigste Grundlage der Existenz bildet. Auf die Dauer bleiben die Wähler und Mitglieder nur bei einer Partei, von der sie überzeugt sind, daß sie ihre Interessen und Bestrebungen vertritt. Tut sie das nicht, handelt sie den von ihr verkündeten Prinzipien entgegen, so muß sie mit der Zeit notwendig zusammenbrechen. Der Unterschied im gegenwärtigen Falle ist nur der, daß der Liberalismus durch diese glorreiche Methode sich bereits in Deutschland fast aufgerieben hat, während es sich beim Zentrum nur erst um den Beginn der Zersetzung handelt. Den Wählern klarzumachen, daß Zentrum ebensowohl wie Liberalismus durch die Kandidatur Posadowsky beweisen, daß sie das in sie gesetzte Vertrauen täuschen und die von ihnen erwarteten Dienste gar nicht leisten wollen, das wird eine der Hauptaufgaben im Wahlkampf zu Ludwigshafen sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Segen des Zollschutzes.

Die Administration der Königlichen Domäne Dahlem verteilt an ihre Berliner Kundschaft ein Zirkular mit folgendem Inhalt:

„Unserer verehrlichen Kundschaft beehren wir uns hierdurch die Mitteilung zu machen, daß wir uns mit Rücksicht auf das fortgesetzte Steigen der Vieh- und Futterpreise genötigt sehen, den Preis für das Liter Vollmilch vom 1. September 1908 ab auf 30 Pfg. zu erhöhen."

Bisher betrug der Preis 25 Pfennige pro Liter. So treibt ein Keil den andern. Die Zölle auf Futtermittel und die Grenzsperren für ausländisches Vieh sind angeblich notwendig zum „Schutze der Landwirtschaft". Entfalten sie dann ihre Wirkung, so schreien die Notleidenden über das „fortgesetzte Steigen der Vieh- und Futterpreise" und begründen damit die Notwendigkeit höherer Fleisch-, Butter- und Milchpreise. Den agrarischen Brot- und Fleischwucherern müssen eben alle Dinge zum besten dienen.

Gegen ein Weltschiedsgericht

eifert die „Freisinnige Zeitung". In einem dreispaltigen Artikel sucht sie nachzuweisen, daß ein Weltschiedsgericht zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten nicht im Interesse Deutschlands gelegen sei. Das Weltschiedsgericht könnte zwar mehr werden als eine Phrase, aber dann nur denen Freude machen, die sich über die Logik hinwegsetzen, und alle Gewaltakte, die sie etwa begehen, gegenüber dem Weltschiedsgericht unter das Zeichen »Sic volo« stellen: „Uns Deutsche lehren die Erfahrungen der letzten Jahre unzweideutig, daß mit dem Phantom eines „Weltschiedsgerichts à la Hague" nichts auszurichten ist."

Der nicht ausgesprochene Schluß ist natürlich, daß der Freisinn nun tapfer für alle Rüstungsausgaben stimmen muß.

Neue Aufstände in Ostafrika?

Über neue Unruhen in der in unsrer ostafrikanischen Kolonie nördlich der großen Karawanenstraße Mpagua-Tabora gelegenen Landschaft Turu berichtet die neueste Nummer der „Deutsch-Ostafrikanischen Ztg.":

Bewegungen unter der Bevölkerung der Landschaften zwischen Kilimatinde, Mkalama und Moschi haben Vorsichtsmaßregeln des Gouvernements zur Folge gehabt. Nach telegraphischen Berichten des Offizierspostens Mkalama (Oberleutnant Braunschweig) und der Militärstation Kilimatinde (Oberleutnant Hartmann) hat der aus den Unruhen des Jahres 1906 übel beleumundete Häuptling Mansa Kriegszauber gemacht. Wie üblich, sollte die Wirkung der großen Medizin die sein, daß die Askarigewehre auf das Kommando „Feuer" — Wasser von sich geben. Der Mittelpunkt der Bewegung ist die Landschaft Turu, mit der Iraku und Isambi gemeinsame Sache zu machen beabsichtigen. In diesen viehreichen Gegenden wohnt eine halbnomadische Bevölkerung, die sich nur ungern seßhaft macht und den neuen Kulturverhältnissen anbequemt. Die Steuer wird kaum als Grund der Bewegung angesehen werden können, denn mit den fünfzig Rindern, die jedes Dorf für die „Medizin" zahlt, könnte es sich seiner Steuerpflicht auf Jahre hinaus entledigen. Es scheint sich also abermals um eine von im Trüben fischenden falschen Propheten angestiftete und bei der rauf- und raublustigen Jugend Anklang findende Bewegung zu handeln. Da bereits von einer Patrouille die Anlage einer Boma gefunden und durch Feuer zerstört wurde, es außerdem zur Gefangennahme von zwanzig Rädelsführern gekommen ist, sind von Tabora, Kilimatinde und Moschi Abteilungen in der Gesamtstärke von etwa 200 Mann und drei Maschinengewehren nach den unruhigen Gebieten entsandt worden. Außerdem steht die dem Schauplatz nächstgelegene Kompagnie Kondoa-Irangi mit 150 Mann zum Eingreifen bereit. Sollten kriegerische Operationen nötig werden, so wird Hauptmann Tharisius (Moschi), einer unserer bewährtesten und ältesten Afrikaner, die Durchführung leiten.

Die von „falschen Propheten angestiftete und bei der rauf- und raublustigen Jugend Anklang findende Bewegung" ist die natürliche Folge des Vordringens der kapitalistischen Gesellschaften, die das Land der Eingeborenen für ihre Ausbeutungszwecke in die Hand zu bekommen suchen. Daß sich die an volle Freiheit gewöhnten Eingeborenen nur mit dem größten Widerstreben dem Zwange unterwerfen, ist selbstverständlich. Das deutsche Volk wird auch in diesem Fall, wenn es zu einem größeren Aufstand kommen sollte, die Gut- und Blutkosten für die kapitalistische Kolonialpolitik zu tragen haben.

Deutschland und England.

Die Vertreter der englischen Arbeiterpartei haben kürzlich eine Resolution gegen die Kriegshetzerei gefaßt, welche allgemein bekannt geworden ist. Jetzt nimmt nun das englische Parlamentsmitglied, Genosse Macdonald, das Wort zu der Frage einer sozialdemokratischen deutsch-englischen Friedensdemonstration. In den „Sozialistischen Monatsheften" schildert er die Kriegshetzereien in Deutschland und England, die er auf die unablässigen Flottenrüstungen zurückführt; er fordert energischen Protest, der aber von beiden Ländern und zwar von Organen erhoben werden müsse, welche große organisierte politische Parteien und Strömungen hinter sich haben. Er fährt fort: Von diesen Erwägungen ausgehend, haben die Mitglieder der Arbeiterpartei im englischen Parlament beschlossen, wenn es den deutschen Genossen angenehm ist, im nächsten Sommer schon Deutschland einen freundschaftlichen Besuch abzustatten . . . Wahrscheinlich würden 20 von uns für eine Woche oder zehn Tage nach Deutschland kommen können. Wenn unsere deutschen Parteigenossen eine solche Reise für nützlich halten, wir stehen ihnen zur Verfügung. Wir zu unserem Teil sind der Meinung, daß eine solche Demonstration freund-nachbarlicher Gesinnung zwischen den Vertretern der deutschen und englischen Parteien den besten Eindruck auf die öffentliche Meinung in Großbritannien machen würde; und wenn unserer Deutschlandsreise ein Besuch Englands durch Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vorhergehen oder folgen würde, so würde das den Eindruck nur noch mehr verstärken . . . Der Erfolg wäre um so sicherer, wenn die Bekräftigung brüderlicher Gesinnung zwischen den parlamentarischen Vertretern beider Länder stattfände; der Parteitag in Nürnberg möge sich der Sache annehmen. Ob mein Vorschlag nun gut oder schlecht ist — schließt Macdonald — jedenfalls muß etwas geschehen. Wir wandeln am Rande des Abgrundes. . .

Wahlenthaltung des Zentrums.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, wird das Zentrum für die Ersatzwahl in Ludwigshafen einen eigenen Kandidaten nicht aufstellen, sondern strikte Wahlenthaltung proklamieren. Die Nationalliberalen stellen nunmehr den Weingutsbesitzer Buhl aus Deidesheim auf.

Blockbrüder unter sich.

Die sächsischen Konservativen hatten es unangenehm empfunden, daß die in Sachsen gewählten nationalliberalen Abgeordneten auch in der politisch stillen Zeit die Agitation betreiben. Die „Sächs. polit. Nachr.“ hatten sogar gedroht, den Nationalliberalen, wenn sie dieses Treiben nicht einstellen, künftig die Wahlhilfe zu entziehen. Die Konservativen sind sich natürlich darüber klar, daß die nationalliberale Agitation auf ihre Kosten geschieht.

Ganz pikiert antwortet nun die „Nationalzeitung“:

„Aber wer verwehrt denn den Konservativen die Entfaltung gleicher Tätigkeit zur Sicherung des Besitzstandes und zur Sammlung der Anhänger? Weshalb bringen denn die Konservativen an Geld und Zeit nicht die gleichen Opfer wie die Nationalliberalen, um die Geschlossenheit und die Schlagkraft ihrer Partei zu stärken? Es bleibt ihnen ja jederzeit unbenommen, in offenem, ehrlichen Wettbewerb den Nationalliberalen entgegenzutreten, aber es ist freilich bequemer, mit Hilfe der nationalen Mischmaschvereine an patriotischen Festtagen große Feiern zu veranstalten, als in ernster, politischer Kleinarbeit an Werktagen hinauszupilgern und auch in kleinen und kleinsten Orten Sinn und Verständnis für eine bestimmte, klarumschriebene Weltanschauung zu wecken.“

Damit der Geschichte der Humor nicht fehlt, sei bemerkt: Die „National-Zeitung“ wird aus dem Satz der freikonservativen „Post“ hergestellt. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß die „National-Zeitung“ anderthalb Seiten nationalliberalen, die „Post“ ebensoviel konservativen Text hat. Wie nun, wenn der Metteur einmal die Platten verwechseln sollte?

Zur Lage der Reichsfinanzen.

Nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Sonnabend mitgeteilt hatte, daß die Reichsfinanzprojekte der verbündeten Regierungen zunächst noch geheimgehalten und erst bei Beginn des nächsten Tagungsabschnittes des Reichstages veröffentlicht werden sollen, gibt sie am Montag einen sich mit der Finanzfrage beschäftigenden Artikel des „Grenzboten“ wieder. Dieser Artikel kommt nach einer Darstellung der Entwicklung des öffentlichen Schuldenmachens im Deutschen Reiche zu dem Schlusse, daß zwar heute schon die Reichs- und Staatsschulden mit 19 bis 20 Milliarden 10 Prozent des Nationalvermögens ausmachen, daß aber „die alljährlich an den Markt kommenden Staats- und Reichsanleihen wohl von unseren jährlichen Ersparnissen aufgenommen werden können, wenngleich hierbei allerdings gegenwärtig alljährlich ein höherer Prozentsatz als 10 Proz., nämlich durchschnittlich etwa 12,5 Proz. des Zuwachses an Vermögen durch Reichs- und Staatsschulden in Anspruch genommen wird.“

Deutschland sei, „als volkswirtschaftlich Ganzes betrachtet“, sehr wohl in der Lage, noch einige Milliarden mehr Schulden zu tragen!! Ohne Zweifel sollen diese Auslassungen dazu dienen, auf das, was die Vorlage Sydows bringen wird, einigermaßen vorzubereiten. Noch einige Milliarden Reichsschulden mehr! Und dazu natürlich neue Steuern, von denen dann ein immer größerer Teil vom Militarismus und von den Schuldenzinsen aufgefressen wird, statt für wirkliche Kulturzwecke Verwendung zu finden.

Abgeordneter Kopsch für die hessische Reaktion.

Der hessische Liberalismus zerfällt in zwei Richtungen, die eine nennt sich nationalliberal und steht unter dem Einfluß des Freihern Heyl zu Herrnsheim, die andere bezeichnet sich als freisinnig oder linksliberal und hat zu Führern den Abgeordneten Gutfleich und den Pfarrer Korell. Die Heyls-Partei kämpft mit allen Mitteln der Demagogie gegen die Linksliberalen und hat nun einen Helfer gefunden in dem Mitglied der Freisinnigen Volkspartei, dem Reichs- und Landtags-Abgeordneten Kopsch. Er hat an die „Wormser Zeitung“, das Organ des Freiherrn Heyl zu Herrnsheim einen Brief geschrieben, aus dem die „Hilfe“ folgenden Passus abdruckt:

„Besonders ist es die Forderung nach Parteidisziplin, die leider in den liberalen Parteien vollständig fehlt. Die Liberalen sollten sich ein Beispiel an dem Zentrum und den Sozialdemokraten in dieser Hinsicht nehmen. Aber bei den Liberalen glaubt sich jeder verpflichtet, die geringsten Abweichungen seiner politischen Meinung in rücksichtslosester Weise zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Hervorheben nebensächlicher Punkte der liberalen Weltanschauung leidet aber der Gesamtliberalismus und wird seine Tätigkeit im öffentlichen Leben überaus erschwert.“

Mit diesem Brief, in dem sich der freisinnige Abgeordnete Kopsch gegen die hessischen Freisinnigen wendet, gehen die hessischen Nationalliberalen jetzt hausieren. Abgeordneter Kopsch erklärt jetzt, daß dieser Brief nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Das macht die Sache nur noch schlimmer, denn sonach wollte der Abgeordnete Kopsch seinen eigenen Parteifreunden in aller Heimlichkeit in den Rücken fallen.

Österreich-Ungarn.

Die ungarische Wahlreform. Das „Neue Wiener Tageblatt“ veröffentlicht die ihm von einem ungarischen Staatsmann bekannt gegebenen Grundprinzipien der Wahlreformvorlage, die nach den Mitteilungen des Blattes in der jüngsten Audienz des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle in Ischl die Zustimmung des Königs gefunden haben. Die Mitteilungen, die auch schon der Budapester Presse übernommen werden und also wohl als zuverlässig gelten können, lauten: „Die Wahlreformvorlage besteht aus zwei Gesetzentwürfen und dem Motivenberichte. Der erste Gesetzentwurf bezieht sich auf die Ausübung des Wahlrechtes. Der zweite betrifft die Neueinteilung der Wahlbezirke. Die neue Wahlreform basiert auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts bei direkter Abstimmung. Seine wichtigste Disposition besteht darin, daß jeder großjährige Staatsbürger, der des Lesens und Schreibens in seiner Muttersprache kundig ist, ein Wahlrecht besitzt. Hierdurch allein wird die Zahl der Stimmen, die gegenwärtig fast rund eine Million beträgt, auf 2 700 000 erhöht, was zweifellos eine überaus große Ausdehnung des Wahlrechts bedeutet. Eine weitere Zunahme der Stimmenanzahl besteht in der Anwendung des Pluralitätssystems. Durch Berücksichtigung eines gewissen Bildungs- und Vermögenszensus sollen nämlich die Stimmen einzelner verdoppelt und verdreifacht werden. Die Anwendung der Pluralität soll dermaßen geschehen, daß Staatsbürger, die im Besitze einer Stimme sind und überdies eine über den Volksschulunterricht hinausgehende Schulbildung genossen haben und einen mittleren Steuerzensus aufweisen, in den Besitz einer zweiten Stimme gelangen. Solche Staatsbürger aber, die eine höhere Schulbildung genossen haben und überdies über einen höheren Steuerzensus verfügen, werden in den Besitz einer dritten Stimme gelangen. Der Zuwachs der Stimmenanzahl durch Anordnung der Pluralität wird etwa 1 300 000 bedeuten, so daß in kurzem die Zahl der gegenwärtig eine Million betragenden Stimmen durch die neue Wahlreform auf vier Millionen Stimmen erhöht werden wird. Die Abstimmung wird nach Gemeinden und größtenteils geheim erfolgen. Die eigenartige Beschaffenheit der einzelnen Wahlbezirke ermöglicht nämlich die Anwendung einer vollständig geheimen Abstimmung nicht, so daß man hier Ausnahmebestimmungen treffen mußte. Die Leitung des Wahlaktes wird aber dermaßen festgestellt, daß hinsichtlich der unparteiischen und gerechten Führung der Wahl die weitestgehenden Bürgschaften vorhanden sind und daß man allen Beeinflussungen und Wahlmißbräuchen von vornherein einen Riegel vorschieben kann. Das neue, auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zu wählende Parlament wird einen Zuwachs von 40 bis 50 Mandaten erhalten. Eine große Anzahl der neuen Mandate erhalten auch die Stadtbezirke, worunter die Hauptstadt Budapest in erster Reihe in Betracht kommt. Sie verfügt gegenwärtig über neun Mandate und wird in Zukunft 22 Wahlkreise umfassen. Auf dem flachen Lande war man bestrebt, das gegenwärtig herrschende Mißverhältnis auszugleichen, und ich kann es wohl behaupten, daß dieses Streben von vollem Erfolg gekrönt war. Unmittelbar nach Beendigung der Delegationstagung, etwa in den letzten Tagen des Oktober, wird Graf Andrassy seine Wahlreform dem Hause vorlegen.“ — Die Angaben bestätigen also, was schon jüngst verlautete, daß nämlich die Koalitionsregierung das ungarische Volk um das allgemeine gleiche Wahlrecht betrügen will, indem sie ein Pluralstimmrecht einschmuggelt, das dem Besitz einen überwiegenden Einfluß einräumt. Als seinerzeit der Pakt zwischen Krone und Koalition geschlossen wurde, sollte das Wahlrecht mindestens nach den Vorschlägen Kristoffis bemessen werden, die keine Pluralstimmen vorsahen. Es ist nicht zu verstehen, daß jetzt die Krone ihre Zustimmung dazu gibt, daß das Volk um seinen Rechtsanspruch betrogen werden soll.

Afrika.

Unruhen in Französisch-Westafrika. Die Blätter geben eine dem Blatt „Nouvelliste de Bretagne“ von einem Privatkorrespondenten zugegangene Mitteilung wieder, derzufolge Hauptmann Fabiani von der 2. Kompagnie der Senegalschützen, der Kommandant des Militärbezirks am Oberlaufe des Ioindo (Gabun), in Bieb von den umwohnenden Stämmen, die noch Menschenfresserei betreiben, eingeschlossen sein soll. Zehn Schützen sollen bei der letzten Expedition getötet worden sein. Am ganzen Ogowe soll die Lage besorgniserregend sein.

Der Kampf in Stettin.

Seitens der bürgerlichen Presse werden aus leicht erklärlichen Gründen über den nunmehr beendeten Kampf in Stettin, seine Ursachen und seine Folgen unwahre Mitteilungen gemacht. Um diesen entgegenzutreten und gleichzeitig auch unseren Genossen Aufklärung über die tatsächlichen Verhältnisse in Stettin zu geben, veröffentlichen wir nachstehend einen Bericht über ein Referat, das der Bezirksleiter der Metallarbeiter, Genosse Rohrlack-Stettin, in Hamburg gehalten hat. Der Redner führte etwa folgendes aus:

„Es gelte bestehende Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und eine einheitliche Aktion nach jeder Richtung hin möglich zu machen. Deshalb sei es nötig, sich in die Stettiner Zustände einzuleben. Notwendig sei vor allem, was dort sich ereignete, nicht als einen Vorgang zu betrachten, der sich überall abspielen könne. Was geschehen, sei nur möglich und denkbar im Stettiner Milieu, unter den Verhältnissen, wie sie dort herrschen. Der „Vulkan“ stehe auf der Höhe der technischen Leistungen, so daß er der Weltkonkurrenz die Spitze bieten könne; er sei auch finanziell sehr gut fundiert und werfe große Dividenden ab, jährlich 14 Proz. Auch habe er kolossale Abschreibungen vorgenommen; gewaltige Werte ständen mit nur 1 Mk. zu Buch. Der „Vulkan“ sei unstreitig die erste Werft in Deutschland. Diese enormen Überschüsse seien aber nur möglich mit einer Arbeiterschaft, wie sie dem „Vulkan“ zur Verfügung stehe. Als er, Redner, vor sechzehn Jahren nach Stettin gekommen, seien die Metallarbeiter zersplittert gewesen in zahllosen Vereinchen, in Schützengilden und Kriegervereinen, Organisationen lokaler Natur mit höchstens 10 Pfennig Wochenbeitrag, und seien aufgegangen in den Äußerlichkeiten dieser Vereinsspielerei. Daran seien namentlich alle älteren Kollegen beteiligt gewesen; sie hätten eine Tätigkeit entfaltet, die das Gegenteil einer Gewerkschaftsbewegung sei. Jahrelang habe man sich dann bemüht, sie davon abzubringen, habe Versammlungen über Versammlungen, Sitzungen über Sitzungen abgehalten, ohne irgendwie nennenswerten Erfolg zu erzielen: Der Klimbim sei Trumpf geblieben auf dem „Vulkan“. Nirgends in ganz Deutschlands habe er solche Dinge gefunden, wie in Stettin. Die Löhne spotteten aller Beschreibung. Für ungelernte Arbeiter seien 18, 20 Pfg. üblich gewesen. Die Meister seien gespickt worden, um eine Bevorzugung herauszuholen, und das Überstundenwesen sei so eingerissen gewesen, daß oft Hunderte von Leuten in 14 Tagen 208 Stunden arbeiteten, 104 Stunden in der Woche statt der üblichen 60. Jahrelang habe man dieses Unwesen mit allen erdenklichen Mitteln bekämpft, nichts habe gefruchtet. Erst ein offener Brief an den Direktor, in dem u. a. enthüllt wurde, daß die Leute Matratzen mit in die Werft nähmen, um zu schlafen, und daß diese Zeit als Überstunden verrechnet würden, habe gezogen. Man möge über dies Mittel denken, wie man wolle, es habe gewirkt. Die Überstunden seien eingeschränkt, für Überstunden 10 Pr für Nachtarbeit 20 Proz. Aufschlag festgesetzt und eine sch Kontrolle eingeführt worden. Trotzdem habe nach Jah frist die Direktion noch öffentlich im Jahresberichte fes stellt, daß sie allein an Überstundenprozenten 22 000 M verausgabt habe. Das sei geradezu ungeheuerlich! So es bis 1903/04 gegangen. Die Bewegung habe stillgest den, die Organisation sei mehr als mangelhaft gewe Dann sei durch gemeinsames Vorgehen von dreizehn werkschaften eine allgemeine Lohnzulage von 1 bis 3 P und eine weitere Überstundeneinschränkung erzielt word Damals habe der „Vulkan“ 6000 Personen beschäftigt, he sei er dank der technischen Vervollkommnung mit 8000 m destens doppelt so leistungsfähig. Die Gewerkschaften hät nun nach und nach versucht, das Feld für sich zu erobe Erst 1904—06 seien sie etwas gekräftigt. Da erst habe Metallarbeiterverband das erste volle Tausend Mitglie erreicht. Auch von einer Unternehmer-Organisation sei n nicht die Rede gewesen; es habe auf beiden Seiten dar gefehlt. Auf dem „Vulkan“ seien 1907 rund 1000 freiorga sierte Metallarbeiter und etwa 800 Mitglieder anderer fre Gewerkschaften gewesen. Dann sei durch den durchschlag den Erfolg der Bewegung ein weiterer Aufschwung erfol Heute seien im „Vulkan“ 2865 Arbeiter in freien Gewe schaften organisiert, davon 1470 im Metallarbeiterverba Das seien aber immer nur erst 3 von 8; man sei al noch lange nicht fähig zu Angriffsbewegu gen. Von den Nietern seien vor den Vereinbarungen vo 4. Mai 1907 nur höchstens 150 organisiert gewesen, al 25 Proz., die anderen hätten sich erst später der Bewegu angeschlossen. Die große Masse sei also erst sehr spät z Einsicht gekommen, daß man dem Verbande beitreten müß Erst dann sei der erste Nieterstreik entstanden, ein sogenan ter „wilder“, weder angemeldet, noch vom Vorstande gene migt, ein verständlicher Entrüstungsausbruch zu schlecht b zahlter Arbeiter. Er habe trotz allem noch eine Lohnerhöhu von 1—2 Pf. gebracht.

Seit Mai d. J. hätten sich dann die Dinge mehr u mehr zugespitzt. Der „Vulkan“ habe im Frühjahr so vie Aufträge erhalten, daß er kaum wisse, wohin. Daher sei Überstunden gemacht worden. Dabei müsse nun konstatie werden, daß viele Nieter sich beschwert hätten weil sie keine Überstunden machen durften sie hätten sich direkt danach gedrängt. Ja, da sei leider erwiesene Tatsache! Nach einigen Monaten s dann der Wunsch rege geworden, ein Ende mit dieser Wir schaft zu machen. In einer am 15. Juli, Mittwochs, abg haltenen Nieterversammlung sei ein Antrag gestellt worde die Überstunden gänzlich zu verweigern. Der hinzugezoge Ortsbeamte Hunger habe darauf aufmerksam gemacht, da das den Abmachungen vom 4. Mai zuwiderlaufen würd ein von ihm gestellter Antrag, eine Regelung der Übe stunden vorzunehmen, sei einstimmig angenomme worden. Arbeiterausschuß und Nieterkommission hätte dann am Donnerstag eine Verhandlung mit der Direktio gehabt. Zunächst sei gänzliche Beseitigung der Überstunde angeregt und sodann im letzten Augenblick die Regelun danach sei aber gar nicht mehr gehört, sondern die Sitzun kurz abgebrochen worden. Da es schon nach Feierabend g wesen, sei Berichterstattung am gleichen Abend nicht meh möglich gewesen. Am Freitag, 17. Juli, habe die Dire tion schon in der Fabrik Handzettel verbreiten lassen, wor sie Schließung des Gesamtbetriebes androhte, falls di Nieter nicht Überstunden leisten würden, wie die Direktion e verlange. Nun wurden erfahrungsgemäß nach den Lohn zahlungstagen (1. und 15.) nicht sehr viel Überstunden ve richtet. Immerhin seien am Donnerstag noch 200 über stunden zu verzeichnen gewesen, erst am Freitag seien s gänzlich verweigert worden. Man könne den Nietern da nachfühlen, ihr Vorgehen habe bis dahin auch die Sympathi der gesamten Bevölkerung gefunden. Am Sonnabend aben sei dann der Betrieb geschlossen worden. Die Direktion hab es fertig gebracht, innerhalb 36 Stunden wegen Überstunden verweigerung an einem einzigen Abend 8000 Menschen aus zusperren. Bei den am Sonntag vormittag gepflogenen Be ratungen sei festgestellt worden, daß der Regelungsvorschla der Kollegen gar nicht angehört wurde; ein Brief des In halts sei an die Direktion gerichtet und dieser im Anschlu daran die Wahrheit gegeigt worden. Ob, was die Direktio bestreite, aber nach aller Sachkundigen Urteil nicht unwahr scheinlich sei, die Aussperrung trotz der mit ihr verbunden hohen Unkosten den Zweck habe, den Lieferungstermin hin auszuschieben, möge dahingestellt bleiben. Festgestellt se dann worden, daß das Verlangen der Nieter auf zwei über stundenfreie Tage pro Woche gehe. So lauteten die Be schlüsse sämtlicher beteiligten Vertrauensleute und Gewerk schaften. Alles darüber Hinausgehende sollte als Wunsch vorgetragen werden, aber nicht zu Weiterunger führen dürfen. Wenn solche Beschlüsse einstimmig gefaßt würden, müßten sie auch entsprechend durchgeführt werden. Nun habe die Direktion zugestanden, daß nur an 4 Tagen 1½ Überstunden gemacht werden sollen, sie habe weiter zu gestanden, die Akkorde nachprüfen zu lassen, und für die Fälle, wo der Lohn nicht erreicht wird, Erhöhung und Nach zahlung zugesichert, und sie habe endlich versprochen, die Akkorde in kleineren Gruppen zu vergeben. In der Versammlung seien darüber hinaus neue Wünsche laut gewor den; man sei nochmals vorstellig geworden, es sei aber nichts weiter bewilligt. Die erwähnten Zugeständnisse der Direktion hätten nun unzweifelhaft den Gegenstand der Aussperrung beseitigt und einen wesentlichen Erfolg der Arbeiter dar gestellt. Wenn da die Nieter die Arbeit aufgenommen hätten, wäre die ganze Sache nach dem Statut geregelt ge wesen. Die Vertrauensleute aller Organisationen hätten auch mit 63 gegen 10 Stimmen beschlossen, den Nietern zu emp fehlen, die Bedingungen anzunehmen. Das hätten die Nieter nicht getan, sondern darüber hinaus Lohngarantie bei Akkord usw. gefordert. Gewiß seien das berechtigte Wünsche, daran zweifle kein Mensch. Leider sei in Stettin das sogen. „Stundenschieben“ derart eingerissen, daß bisher an eine vernünftige Akkordregelung gar nicht zu denken gewesen sei. Die Werft habe die Forderung mit Nein beantwortet. Die Arbeiter seien überdies durch Vertrag bis zum 1. Oktober 1908 gebunden. Die ehrlich gegebene Unterschrift der Arbeiterorganisation könne nicht einfach weggewischt und durch Streik könnten solche Forderungen bei der heutigen Krisis nicht erzwungen werden.

Danach stehe fest, daß die Nieter nach erfolgreicher Aussperrung in einen völlig aussichtslosen Angriffsstreik eingetreten seien. Der Protest gegen diese Tatsache sei ganz unberechtigt und unverständlich. Die Nieter hätten ja gegen ihre eigenen positiven Beschlüsse gehandelt. Wenn etwas vereinbart sei, müsse es auch von beiden Seiten innegehalten werden; anders gehe es nicht. Die Nieter hätten unzweifelhaft einen großen Fehler begangen, der auch dadurch nicht gebessert werde, daß die Direktion durch die brüske plötzliche Aussperrung einen noch größeren beging. Pflicht der Organisation sei es, zum mindesten ihr eigenes Statut zu beachten.

Dann hätten sich in Stettin Dinge abgespielt, die anderswo kaum möglich seien. Die Versammlungen hätten einen stürmischen, ja unwürdigen Verlauf genommen, die verantwortlichen und bewährten Vertreter der Organisation, so Genosse Otto Schulz, seien zeitweilig überhaupt nicht einmal

angehört worden. Daher sei leider das Flugblatt, das auch in Hamburg ganz unnötig Staub aufgewirbelt habe, erforderlich gewesen. Es enthalte nichts, was den Nietern nicht schon längst wiederholt gesagt sei, nichts, was nicht strengim Einklang mit dem Statut stehe. Und es habe auch seine Wirkung nicht verfehlt. In Stettin hätten sich fremde Elemente hinter die Nieter gesteckt, Syndikalisten, Hirsch-Dunckersche, Gelbe, um im Trüben zu fischen und den Verband zu schädigen und zu zerstören. Der Nieterstreik habe daher als undurchführbar verloren gehen müssen, nachdem die Aussperrung glücklich gewonnen sei. Es habe an dem Weitblick gefehlt, der die gesamte Lage richtig überschaue und durchschaue und eine einheitliche Leitung und Aktion ermögliche. Die Verbandsvertreter hätten in der schwierigen Situation, die sie nicht verschuldet, nicht anders als geschehen handeln können. Sie treffe kein Vorwurf. Das hätten inzwischen offenbar auch die Nieter eingesehen, denn sie hätten mit allen gegen 15 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. So sei denn hoffentlich eine folgenschwere Aussperrung glücklich verhindert und ein Kampf beendet, dessen Lehren gründlichst von den Arbeitern beherzigt zu werden verdienten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 20. August.

Achtung Bauarbeiter! über die Sielbauarbeiten in der Marli- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Jabs, Werderstraße, F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünfhausen verhängt worden.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstellen von Peter Bernhardt, Hüxterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

II. V. **Staatsbetriebe — Musterbetriebe?** Vor einigen Tagen wurde an dieser Stelle die Entlassung eines „unzufriedenen" Führers der Lübecker Straßenbahn scharf kritisiert. Jedenfalls hat der Betriebsleiter diese Entlassung im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten, dem Herrn Direktor Hase, welchem die Straßenbahn unterstellt ist, vorgenommen. Das gibt uns Veranlassung, einmal aus dem Reiche des Herrn Hase einiges an die Öffentlichkeit zu bringen. Der Herr ist Leiter mehrerer Betriebe. Außer der Straßenbahn sind ihm unterstellt: das Gas-, das Elektrizitäts- und das Wasserwerk. Es könnte nun den Anschein erwecken, daß dieser Herr mit Arbeiten überlastet wäre und sich nicht um die Vorkommnisse in den einzelnen Betrieben genau informieren könne. Eines gibt uns hierbei aber zu denken; ist doch gerade Herr Hase derjenige, der sich um die Privatverhältnisse der Arbeiter sehr kümmert. Der Herr ist nämlich sehr besorgt darum, daß den Arbeitern in ihrer gewerkschaftlichen Organisation nichts Unrechtes geschieht. Weiter glaubt er, darüber wachen zu müssen, daß die Arbeiter nicht zu viel die Johannisstraße passieren. Wünschenswert wäre, daß der Herr einmal von einer anderen Seite auf seine Pflichten aufmerksam gemacht und daß er sich mehr um die Betriebe selbst kümmern würde. Wir wollen den Herrn nur an die Vorgänge auf den Gaswerken erinnern. Wie liegen hier die Sachen? Im letzten Jahre wurde die Arbeitszeit festgesetzt von morgens sechs bis abends sechs Uhr; schon lange kümmert man sich nicht mehr um diese Abmachung und wurzelt wieder von morgens früh bis abends spät los. Am 1. März wurde folgender Vertrag zwischen den Arbeitern und der Direktion der Gasanstalt abgeschlossen: 1. Eine 14tägige Kündigungsfrist. 2. Eine Zulage, die nach Dienstjahren berechnet und alle Jahre zum 1. Juli fällig ist. Wie hat man nun die Sache gehandhabt? Man ist hier wiederum nach Gunst verfahren. — Vor diesen Vorgängen waren die Gasarbeiter sehr gut organisiert. Dann kamen Einschüchterungsversuche und die meisten Gasarbeiter waren einfältig genug zu glauben, daß für sie nach diesem Vertrage die soziale Frage gelöst sei, und sie ließen sich richtig von der Organisation abtreiben. Mögen die neuesten Vorkommnisse dazu führen, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Leider gibt es immer noch eine Anzahl von Arbeitern, die, anstatt kräftigst an dem Aufbau der Organisation mitzutun, in Gleichgültigkeit verharren und gern die Früchte, die ihre Kollegen durch ihre Bestrebung ernten, mitverzehren. Wir rufen allen, die in den Betrieben des Herrn Haase tätig sind, noch einmal zu: Wollt ihr etwas erreichen, so schließt euch euren organisierten Kollegen an, denn nur durch ein großes Ganzes könnt ihr etwas erreichen; mit einem einzelnen Manne pflastert man die Straße.

Wann muß der Prinzipal freie Zeit zur Erlangung neuer Stellung gewähren? Diese prinzipielle, für Arbeitgeber außerordentlich wichtige Frage wurde jüngst von dem Gewerbegericht in Chemnitz entschieden. Ein Kutscher, der gegen 22 Mk. Wochenlohn und achttägiger Kündigung angestellt war, verlangte von seinem Prinzipal nach Ausspruch der Kündigung eine angemessene Zeit zum Aufsuchen anderer Arbeit, und zwar von früh 9 Uhr ab. Der Prinzipal hatte aber diese freie Zeit zwischen 6—8 Uhr abends gelegt und dem Kutscher angesagt, daß er sofort entlassen werde, wenn er sich seinen Anordnungen nicht füge. Erst eine Woche nach dem Austritt erlangte der Kutscher neue Stellung. Er beanspruchte nun im Wege der Klage von dem früheren Prinzipal Zahlung des Wochenlohnes von 22 Mk., indem er sich auf den § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs stützte. Dieser Paragraph hat folgenden Wortlaut:

> Nach der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses hat der Dienstberechtigte dem Verpflichteten auf Verlangen angemessene Zeit zum Aufsuchen eines andern Dienstverhältnisses zu gewähren.

Das Gewerbegericht hat die Klage des Kutschers abgewiesen, und zwar mit nachstehender Begründung: Zwar ist der Arbeitgeber nach dem oben wiedergegebenen § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet, dem Angestellten auf Verlangen eine angemessene Zeit zum Aufsuchen eines andern Dienstverhältnisses zu gewähren, jedoch steht das Recht der Zeitbestimmung, wann der fragliche Urlaub zu gewähren ist, nicht dem Arbeiter zu, sondern ist nach beliebigem Ermessen zu beurteilen. In vorliegendem Falle war dem Kutscher durch den Arbeitsnachweis hinreichende Gelegenheit gegeben, sich nach neuer Beschäftigung umzusehen. Der Arbeitsnachweis ist bis 7 Uhr geöffnet. Die von dem Prinzipal freigegebene Zeit von 6—8 Uhr abends genügte also vollkommen, den Arbeitsnachweis aufzusuchen. Der Kutscher ist nur einmal zwischen 6—8 Uhr nach Arbeit gegangen und dann hat er weitere Schritte zur Erlangung einer Stellung nicht mehr getan. Er hat also durch sein eignes Verschulden die ihm gebotene Gelegenheit zur Verschaffung andrer Arbeit unbenützt gelassen. Ob dem Kutscher die Errichtung des Arbeitsnachweises überhaupt bekannt war, ist gleichgültig, da eine Unkenntnis jedenfalls nicht dem Prinzipal zur Last gelegt werden kann. Von Wichtigkeit ist schließlich auch die Erklärung des Prinzipals, daß er seinen Betrieb einfach nicht mehr ordnungsmäßig durchführen könnte, wenn er verpflichtet sein sollte, dem einen oder anderen Kutscher 8 Tage lang regelmäßig von 9—12 Uhr freizugeben. Eine derartige Entschädigung des Prinzipals würde nach den Ausführungen des Gerichts auch gar nicht zu dem entgegenstehenden Interesse des Kutschers, im vorliegenden Falle auch in keinem Verhältnisse stehen.

Ein interessanter Streit, der sich um die alten Kruggerechtigkeiten drehte, wurde hier kürzlich entschieden. Ein hiesiger Maurermeister hatte ein Grundstück gekauft, auf welchem die Krug- und Hökereigerechtsame ruhte und diese Gerechtsame war auch auf dem Grundbuchblatt des betr. Grundstückes eingetragen. Der Maurermeister ließ das Haus für den Betrieb einer Gastwirtschaft herrichten. Das Polizeiamt verweigerte aber die Erlaubnis dazu wegen mangelnden Bedürfnisses. Der Maurermeister betrat nun den Beschwerdeweg und legte gegen den Bescheid des Polizeiamtes Berufung bei der Rekursbehörde für Gewerbesachen ein. Diese kam ebenfalls zu einer Ablehnung. Interessant sind die Entscheidungsgründe. Es heißt da: Wie die Rekursbehörde früher in einem ähnlichen Falle schon ausgeführt habe, sei in Lübeck zu keiner Zeit die Kruggerechtigkeit als eine Realgerechtsame verliehen, worden, sondern deren Ausübung stets von einer vorgängigen obrigkeitlichen Erlaubnis abhängig gewesen. Das gehe schon aus einem Senatsdekret von 1580 hervor, das seine Bestätigung in einem Dekret vom 7. Februar 1628 finde, in dem bestimmt sei: „Wann auch inkünftig von Personen, die damit belehnet seien, absterben werden, soll die Verlehnung weiter nicht als nur auf die Personen, und nicht auf die Häuser gehen und gemeint sein." Die Belehnung mit der Krugwirtschaft sei durch die Wette geschehen gegen Zahlung einer Gebühr. Auch das beweise, daß es sich nicht um eine Realgerechtigkeit handele, da solche Privilegien zu verleihen nicht der Wette, sondern allein dem Rate zustand. Daß die Behörde die Gerechtsame meist in denselben Häusern ausüben ließ, hänge zweifellos mit dem Einspruchsrecht zusammen, das nach dem alten Stadtrecht den Nachbarn gegen die Betreibung der Krügerei als eines unleidlichen Gewerbes in Häusern, „da sie zuvor nicht gewesen", zustand. War sie 20 Jahre ohne Einspruch der Nachbarn ausgeübt worden, so ruhte das Einspruchsrecht. In dem Bestehen dieses statutarischen Verbietungsrechtes sei höchstwahrscheinlich auch die Veranlassung zu erblicken, weshalb die mit der Krugwirtschaft Belehnten auf Grund des ihnen erteilten Wettebescheides ihre Häuser häufig im oberen Stadtbuch als Krughäuser bezeichnen ließen. Dingliche Rechte habe man damit nicht erworben, die Bezeichnung hatte lediglich die Bedeutung einer beschreibenden Notiz. Der Anspruch des Beschwerdeführers, daß ihm die Erlaubnis zum Betreiben der Schankwirtschaft auf dem in Betracht kommenden Grundstück ohne Prüfung der Bedürfnisfrage lediglich deshalb zu erteilen sei, weil das Grundstück im Grundbuch als „verbunden mit Krug- und Hökereigerechtigkeit" bezeichnet sei, entbehre hiernach der rechtlichen Begründung.

Oldenburger Landtagswähler!

Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Liste steht, ist nicht wahlberechtigt.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Unterschlagung eines Frackes im Werte von 18 Mk. wurde die Händlerin F. vom Schöffengericht zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt. — Zu einem Verweise verurteilt wurde der 15jährige Schlosserlehrling P., weil er einem Arbeiter aus dessen Rocktasche eine Zigarrentasche entwendet hatte. — Eine schlechte Schwester ist die Ehefrau S. Dieselbe stahl aus der Wohnung ihrer Mutter ihrem Bruder gehörendes 30 Mk. Bargeld und ein Sparkassenbuch über 100 Mk. Für diese böse Tat soll sie nun einen Monat brummen. — „Du Hund, ich mache Dich zum Krüppel" — mit diesen „freundlichen" Worten beantwortete der Fabrikarbeiter B. die Aufforderung eines Schutzmannes, ihm wegen Bettelns auf die Wache zu folgen. Zum Überfluß stieß und schlug er den Schutzmann ins Gesicht und vor die Brust. Das Urteil gegen den Vorbestraften lautete auf 6 Monate Gefängnis wegen Widerstandes und 6 Wochen Haft, sowie Überweisung an die Landespolizeibehörde wegen Bettelns.

Vom brennenden Kohlenberg ist zu melden, daß jetzt jede Verbreitungsgefahr beseitigt ist. Gestern ist der Berg abgetragen worden.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 19. August, morg. 6 Uhr: Wasser 16, Luft 14; 10 Uhr: Wasser 16, Luft 16; mittags 12 Uhr: Wasser 16, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 19 Grad Celsius.

pb. **Festgenommen** wurde in Travemünde ein Arbeiter aus Segeberg, der dringend verdächtig ist, in der Nacht vom 4. zum 5. Mai v. Js. in Travemünde von der Weide ein Schaflamm gestohlen zu haben und zwar in Gemeinschaft mit einem bereits im Marstallgefängnisse eine Strafe verbüßender Arbeiter aus Lübeck.

pb. **Der Einbruch in St. Lorenz.** Am 18. ds. Mts., nachmittags, wurden aus dem Hause Parchamstraße 6 mittels Einbruchs 6 silberplattierte Teelöffel und eine mit Kupferpfennigen gefüllte Spardose aus Porzellan, einen Apfel darstellend, gestohlen. Die Teelöffelstiele sind mit Maiglöckchen verziert.

Im Hansatheater gehen allabendlich vor vollbesetztem Hause die Ringkämpfe vor sich. Außer denselben ist ein Variete-Programm zusammengestellt, das den lebhaftesten Beifall findet.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Den vielfachen Wünschen entsprechend, ermöglichte die Direktion für Freitag ein nochmaliges, bestimmt letztes Gastspiel des Künstlerpaares Otto vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg in der sensationellen Neuheit „Frau Warrens Gewerbe" von Bernard Shaw. Möge unser kunstsinniges Publikum die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dieses literarisch wertvolle Werk in so vorzüglicher Darstellung kennen zu lernen. Da die Gäste in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit in Hamburg wieder aufnehmen, sind weitere Wiederholungen völlig ausgeschlossen. Der Sonnabend bringt die übliche volkstümliche Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg. Zur Aufführung gelangt letztmalig Max Dreyers „Die Siebzehnjährige".

Schwartau. Die fällige Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, den 21. August, abends von 5—8 Uhr, im Lokale Transvaal statt.

Eutin. Volksversammlung. Am Freitag, den 21. d. Mts, abends 8½ Uhr, findet im Lokale des Herrn P. Schröder, Kielerstraße 7, eine Volksversammlung statt. Genosse Arthur Molkenbuhr aus Elberfeld wird über „Das politische und wirtschaftliche Scharfmachertum — Preußen-Deutschland in der Welt voran" sprechen. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, dafür zu sorgen, daß die Versammlung gut besucht wird.

Hamburg. Das Verschwinden eines 12jährigen Knaben wurde der Polizeibehörde gemeldet, die Recherchen nach dem Verbleib des Kindes einleitete. Es handelt sich um den Schulknaben Willi Michael, der seit Dienstag nachmittag, 3½ Uhr, die Schule am Sieldeich verließ und seit der Zeit verschwunden ist. Die in der Slomanstraße 43 wohnenden Eltern schweben in größter Sorge um ihren Sohn, und bringen das Verschwinden des Knaben mit dem plötzlichen Verschwinden ihres Einlogierers, des 18jährigen Ferdinand Schörghuber aus Steyer in Österreich, in Verbindung. Letzterer soll nach Angaben der Eltern des verschwundenen M. ein durch Lesen von Sensations- und Detektivromanen sehr phantastisch veranlagter, überspannter Mensch sein, der stets geladenen Revolver und Dolch bei sich führt.

Hamburg. Zum neuen Kontrakt des Hafenbetriebsvereins wurde am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung der Kontraktschauerleute, die in Hüttmanns Hotel tagte, Stellung genommen. Der Versammlung wohnten Dr. Hager vom Hafenbetriebsverein, Kapitän Fuchs von der Hamburg-Amerika-Linie und Kapitän Brandt bei, die in der Diskussion wiederholt das Bestreben der von ihnen vertretenen Körperschaften versicherten, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln. § 1 des Kontrakts: Der Arbeiter ist verpflichtet, jede ihm vom Verein oder von dem Betrieb übertragene Arbeit im Hafen von Hamburg-Altona, in anderen Elbhäfen oder auf der Unterelbe zu verrichten. Für Arbeiten in Häfen, die nicht an der Elbe liegen, werden besondere Vereinbarungen getroffen", wurde nach lebhafter Debatte mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt. Über § 4: „Arbeiter, die in der Nacht bis 4 Uhr morgens oder länger beschäftigt werden, sollen nach der Wahl des Betriebes die folgende Ruhezeit erhalten: entweder an einem der an die Nacht angrenzenden Tag den ganzen Tag oder an jedem der angrenzenden Tage einen halben Tag, vor- oder nachmittags, für diese Ruhezeit wird ein Abzug von 5 Mk. pro ganzen, von 2,50 Mk. pro halben Tag vom Wochenverdienst gemacht. Ein Mindestverdienst von 30 Mk. pro Woche wird den Arbeitern garantiert" konnte in der Versammlung eine Einigung nicht erzielt werden, da die Arbeiter überzeugt waren, daß darin eine Beseitigung des Schichtwechsels zu erblicken sei, während von den Vertretern der Unternehmer diese Absicht bestritten und der feste Wochenverdienst von 30 Mk. in den Vordergrund gestellt wurde. Nach einer längeren Debatte, in der allgemein der Wunsch nach einer Verständigung zum Ausdruck kam, wurde dieser Paragraph, sowie der vom Schiedsgericht handelnde einer sechzehngliedrigen Kommission zur weiteren Beratung und Ausarbeitung eines neuen Entwurfs überwiesen. Sobald die Kommission ihre Beratungen beendet hat, sollen in einer neuen Versammlung weitere Beschlüsse gefaßt werden. — Die Kontraktschauerleute scheinen also doch schon etwas gelernt zu haben.

Neumünster. Im Wahn. Die Frau des Arbeiters Röschmann-Tungendorfer Mühle warf in einem geistesgestörten Augenblick ihr 5 Monate altes Kind in eine Jauchengrube, in der es seinen Tod fand.

Tondern. Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die aus Holland stammende Frau eines Schiffers verhaftet. Vor einigen Wochen wurde bei Dagebüll die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, das nach dem Ergebnis bei seiner Geburt gelebt hatte. Recherchen ergaben, daß die Mutter des Kindes eine Kapitänsfrau ist, die von verschiedenen Personen mit einem Paket, in dem sich die Leiche befand, auf dem Wege nach Dagebüll gesehen worden war und in Wyk mit ihrem Manne zusammentreffen sollte.

Oldenburg. über den Ministerwechsel schreibt unser Banter Bruderblatt: Der Minister Willich ist von seinem Posten zurückgetreten. Der Großherzog hat das Entlassungsgesuch in der ersten Kabinettssitzung seit seiner Rückkehr genehmigt. Begründet wird der Rücktritt mit Krankheit. Es ist ja möglich, daß der Gesundheitszustand des Ministers mit dem blassen Gesicht, das manchmal bei den Landtagsverhandlungen den Ausdruck der Amtsmüdigkeit machte, ein schlechter geworden ist; aber zweifellos liegen auch Gründe vor, die in seiner Stellung und in Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Großherzog liegen. Daß der Rücktritt mit dem Fall Driver in Verbindung steht, glauben wir nicht. Das übergehen Drivers und anderer älterer Geheimer Regierungsräte bei der Besetzung des Postens eines Regierungspräsidenten in Lübeck ist sicher mit dem vollen Einverständnis des Großherzogs geschehen. Die ungeschickte Antwort auf das Drängen des Dr. Driver nach den Gründen wiegt so schwer nicht, um die Entlassung Willichs herbeizuführen. Es gibt aber andere Fragen, die zu lösen für den Minister Willich sicher nicht angenehm waren. Weniger rechnen wir dazu die Erledigung der Wahlrechtsreform und Schulgesetzreform als die Wenckternfrage. Bei deren Lösung ist ein Konflikt sehr wahrscheinlich. Herr Willich ist, wie schon gesagt, keine Kampfnatur und nicht geeignet, die Konflikte durchzukämpfen; am wenigsten gegen den Großherzog. Das hat ja die Differenz zwischen Großherzog und Landtag wegen der von ihm gewünschten Änderung des Erbfolgegesetzes gezeigt. Minister Willich war seit dem 20. August 1900 im Amte, als der Großherzog das Ministerium Jansen-Heumann-Flohr ziemlich ungnädig entließ. Es muß anerkannt werden, daß er den Forderungen des Landtages gegenüber sehr entgegenkommend gewesen ist. Seine Amtsdauer war eine Periode der Reformen. Die einjährige Finanzperiode, Verwaltungsgericht, Steuerreform, Wahlreform und Schulgesetzreform, Gehaltsregulativ sind unter seiner Leitung der Regierungsgeschäfte durchgeführt oder in die Wege geleitet worden. Von der Rechtsgleichheit der Sozialdemokraten mit den anderen Staatsbürgern wollte er nichts wissen. Willich steht im 63. Lebensjahre. Zu seinem Nachfolger ist der Geheime Oberregierungsrat Scheer ernannt. Derselbe hat jedoch nicht zugleich den Vorsitz im Staatsministerium erhalten; dieser ist vielmehr auf den Finanz- und Eisenbahnminister Ruhstrat I übergegangen.

Der neue Minister Scheer ist 53 Jahre alt. Nach Absolvierung der juristischen Examen trat er in den Verwaltungsdienst ein. Ehe er 1896 ins Ministerium kam, war er in Brake und in Varel Amtshauptmann. Wir wollen von ihm annehmen, daß er in bezug auf das Wahlrecht keinen arbeiterfeindlicheren Standpunkt einnimmt als sein Vorgänger, und in der Schulreformfrage entschiedener dem ultramontanen Widerstand entgegentritt. Denn wie diese dagegen sich sträuben, zeigt der Umstand, daß sämtliche Gemeindevorsteher des Münsterlandes am Montag beim Großherzog gewesen sind, um gegen die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht zu protestieren. Die Ernennung des Oberregierungsrats Scheer zum Minister hat die Berufung des Amtshauptmanns Mutzenbecher von Rüstringen in das Ministerium im Gefolge gehabt. An seine Stelle wird der Regierungsassessor Ahlhorn, z. Z. im Amte zu Vechta beschäftigt, treten und zum Amtshauptmann ernannt werden.

Soltau. Über ein „Attentat" auf einen General auf dem Truppenübungsplatz Munster wird dem „Hannov. Courier" berichtet: Bei der Besichtigung des Braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92 durch den Korpskommandeur General v. Löwenfeld schlug beim Gefechtsexerzieren eine Kugel einige Meter vor dem Standpunkte des Generals ein. Dieser ließ „Das Ganze halt!" blasen und die sämtlichen Gewehre derjenigen Kompagnie, aus deren Richtung der Schuß gekommen war, untersuchen. Es stellte sich nun heraus, daß fünf Infanteristen, darunter sogar einige Gefreite, die im nächsten Monat ihre Dienstzeit beendet hätten, vom Scharfschießen her nicht abgelieferte Patronen vor die Platzpatronen gesteckt hatten. Beim Feuern waren die Gewehre stark beschädigt worden und die Täter konnten deshalb leicht ermittelt werden. Da der Korpskommandeur wegen seiner hohen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Mannschaften bei diesen recht gefürchtet ist, munkelte man zuerst von bestimmten Absichten. Es scheint aber mehr aus Unachtsamkeit geschehen zu sein. Die Täter sind verhaftet worden.

Lüneburg. Ein schwerer Unglücksfall beim Diabolospiel ereignete sich hier. Das fünfjährige Kind des Maurers B. spielte mit diesem Spiel und kam dabei auf unaufgeklärte Weise zu Fall. Dabei fiel es so unglücklich, daß es sich einen Spielstab durch die Wange stieß und zwar so tief, daß auch der Gaumen durchbohrt und ein Nervenstrang verletzt wurde, was eine völlige einseitige Lähmung zur Folge hatte. Während nach Ansicht des behandelnden Arztes die Lähmung des Beines wieder verschwinden wird, wird der Arm möglicherweise dauernd gelähmt werden.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 19. August. Nach dem Bericht einer hiesigen Montagszeitung sollte das Militärluftschiff gestern abend 10 Uhr eine nächtliche Fernfahrt bis zur Nordsee in der Gegend von Hamburg unternehmen. Infolge Versagens beider Motore verzögerte sich der Aufstieg bis 1 Uhr nachts. Da durch das Eindrücken des Ölrohrs die Motorölung unmöglich geworden war, kehrte der Ballon bereits um 3½ Uhr nachts zurück und ging auf dem Tegeler Schießplatz nieder. Der Schaden ist leicht auszubessern.

Magdeburg, 19. August. Heute stand vor dem Kriegsgericht der Kommandantur Magdeburg Verhandlung gegen die 3 Arbeitssoldaten an, die kürzlich einen Gefreiten und einen Sergeanten angegriffen hatten und sich dadurch der Meuterei schuldig gemacht haben sollten. Es wurde beantragt, gegen den Arbeitssoldaten Worch 10 Jahre Gefängnis, gegen die beiden anderen 10 bezw. 11 Jahre Zuchthaus. Worch erklärte, er wünsche ebenso wie seine Kameraden, ins Zuchthaus geschickt zu werden. Das Gericht erkannte gegen Worch auf 10 Jahre 1 Monat Gefängnis, gegen die beiden anderen auf je 10 Jahre Gefängnis sowie auf Entfernung aus dem Heere. Ein fürchterliches Urteil!

Dresden, 19. Aug. Der nach Veruntreuung von 233 000 Mark flüchtig gewordene Kassierer Eckert von der Dresdener Bank wurde in einem Hotel in Schandau erhängt aufgefunden.

Leipzig, 19. August. Bei einem heute früh in einem Hotel in der Zeitzerstraße aufgekommenen Dachstuhlbrande wurden zwei Kellnerinnen in ihrer unter dem Dach liegenden Schlafkammer erstickt aufgefunden. Eine 73jährige Witwe konnte noch im letzten Augenblick von der Feuerwehr gerettet werden.

Bromberg, 19. August. In Schwarmitz bei Wollstein sind drei galizische Arbeiterinnen an Pilzvergiftung erkrankt. Eine ist bereits gestorben.

München, 19. August. Den „Münchener Neuesten Nachrichten" zufolge stürzte auf der Theresienwiese der für das Oktoberfest errichtete Anbau der Schießstätte ein. Von den an der Unglücksstätte beschäftigten Arbeitern wurde einer getötet; die übrigen sind zum größten Teil leicht verletzt worden.

Stuttgart, 19. Aug. In einem hiesigen großen Hotel wurde in vergangener Nacht ein raffinierter Diebstahl ausgeführt. Einem Hotelgast wurden in seinem Zimmer 16 Hundertfrancsscheine und 500 Mk. in deutschem Geld gestohlen. Der Bestohlene wurde heute früh bewußtlos in seinem Bett aufgefunden; er war durch Chloroform betäubt. Von dem Täter fehlt jede Spur. Wahrscheinlich handelt es sich um einen internationalen Hoteldieb.

London, 19. August. Von der Grubenkatastrophe bei Wigan wird noch berichtet: Das erste Rettungskorps konnte wegen der giftigen Gase und der umfangreichen Deckeneinstürze nur wenig vorwärts kommen. Trotzdem konnten vier Mann, die bewußtlos dalagen, gerettet werden. An der Oberfläche gelang es, sie ins Leben zurückzurufen. Das zweite Rettungskorps ging weiter vor und förderte fünf Leichen zutage. Spät nachts waren die Ingenieure bemüht frische Luft in den Schacht zu leiten. Nach den neuesten Mitteilungen sind an hundert Mann eingeschlossen. Der Schacht ist in Brand geraten.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 19. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25, Mk., Meierei-Butter Pfd. —1,35 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—3,50 Mk., Hühner 1,60—2,00 Mk., Küken Stck. 1—1,20 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. —78 Pf., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,30 Mk., Eier 8 Stck. 60 Pfg. Heringe — Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. — Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 80—100 Pfg. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,15—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. —25 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk. Aland Pfd. — Pfg.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 20. August.

1. Klasse 254 Drittel zu 124,54 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 17 „ „ 115,09 Mk. „ „

Sternschanz-Viehmarkt

19. August.

Der Schweinehandel verlief etwas flauer.

Zugeführt wurden 730 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 63—64 Mk., leichte 64—65 Mk., Sauen 56—60 Mk. und Ferkel 60—63 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Möblierte Zimmer mit 1 oder 2 Betten und morgens Kaffee zu vermieten
Hundestraße 37—39.

Per Zufall **eine kleine Wohnung** zum 1. Oktober zu vermieten (175 Mk.)
Cronsforder Allee 33a.
Daselbst eine Werkstätte zu vermieten.

Zum 1. Oktober ev. später
ein Laden gesucht
Ratzeburger Allee oder deren Umgebung.
Offerten unter „Laden" an die Expedition d. Bl. erbeten.

Gesucht ein Töpfer
zum Umsetzen eines Herdes
Friedenstraße 78.

Gesucht junge Mädchen und Frauen zur Erlernung der Damenschneiderei, sow. Musterzeichnen und Zuschneiden
Werderstraße 5, I., Marli.

Ein einfaches und ein zweischläfiges Bett billig zu verkaufen Balauerfohr 37.

Billig zu verkaufen eine 2schläfige Bettstelle, eine Kinderbettstelle mit Traillen
Gr. Gröpelgrube 43. I.

Stellage, Milchkanne und Milchkessel zu verkaufen Warendorpstraße 49.

Empfehle für Händler u. Wiederverkäufer
EB- u. Kochäpfel, EB- u. Kochbirnen,
täglich, billig, in kleinen und großen Partien
Kein Laden. **Wickedestraße 33.**

Empfehle:
ff. Honig, Pfd. 1.– Mk.
direkt aus der Imkerei,
echte Limb. Käse, Pfd. 0.60 Mk.
A. F. Boon-Hartsinck, Bold Nachfl. Kottwitzstr. 36.

Eine Partie
echten holländ. Käse
— alt —
Pfund nur 60 Pfg.
Hans Wegener
obere Wahmstraße 10.

Landschinkenspeck,
Landschulterspeck,
Ia. feste Landmettwurst,
frische hiesige Landeier.
Hans Wegener
obere Wahmstraße 10.
Auf alle Waren rote Lübeca-Marken.

Gratulationskarten
für alle Anlässe vorrätig.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Sehr empfehlenswert ist das in 60 Lieferungen a 40 Pfg. erschienene Werk:
PLATEN
Die neue Heilmethode. Lehrbuch der naturgemäßen Lebensweise, der Gesundheitspflege und naturgemäßen Heilweise.
Neu bearbeitet von 37 praktischen Aerzten, Pädagogen und Hygienikern, mit 10 farbigen naturgetreuen Modellen des menschlichen Körpers und der einzelnen Organe, bis in die kleinsten Teile zerlegbar; ferner 62 Chromo- und Kunsttafeln und 660 Abbildungen, über 3000 Textseiten, wovon wir einige Teile hervorheben, als: Die Krankheitslehre und deren Erkennung, Anwendungsformen der Naturheilkunde, Grundsätze, Methoden und die Mittel der Naturheilkunde, Gesundheitslehre der Naturheilkunde, Geschlechtsleben, syphilitische Krankheiten, das Kind und seine Pflege, das Weib in gesunden und kranken Tagen etc.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. und deren Kolporteure. Johannisstr. 46.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Lübeck 10.
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Lederhosen . . 2,20—6,45
Maurerhosen . . 2,60—6,75
Schlosserhosen 1,88—5,25
Ueberziehhosen . 1,08—2,35
Zwirn-Hosen . 1,68—3,25
leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Lubecamarken.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Zahlstelle **Schwartau** u. Umg.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 22. August,
abends 8½ Uhr,
im Gasthof „Transvaal".
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung vom Verbandstage in München.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Die Bevollmächtigten.

Neues Herren- u. Damenfahrrad
mit und ohne Freilauf, 1 Jahr Garantie.
Neue Trittnähmaschinen
5 Jahr Garantie, spottbillig.
Schwartauer Allee 99.

St. Lorenz-Liedertafel

Bei der Tombolaziehung am 18. Aug. 1908 wurden folgende Nummern mit Gewinnen gezogen:

38	61	70	81	111	120	125
160	240	241	262	290	314	331
333	417	461	469	509	630	677
680	693	719	741	787	808	818
947	951	974	976	1000	1002	1005
1015	1029	1051	1068	1079	1096	1105
1151	1157	1162	1171	1193	1216	1217
1233	1244	1250	1301	1320	1350	1368
1444	1490	1503	1558	1620	1700	1792
1804	1810	1822	1855	1866	1875	1916
1938	1969	2035	2037	2070	2071	2101
2111	2113	2138	2144	2153	2180	2227
2240	2261	2268	2281	2309	2317	2337
2363	2374	2375	2417	2418	2469	2517
2563	2582	2613	2683	2702	2705	2717
2783	2814	2821	2843	2851	2866	2874
2880	2889	2918	2927	2939	2969	2973
3000.						

Ausgabe der Gewinne am **Freitag, den 21. August,** abends von 8—10 Uhr im Gasthof „Reuterkrug", Moislinger Allee, später bei Herrn J. Niehus, Mittelstraße 4a. Die bis zum 31. August 1908 nicht abgeholten Gewinne verfallen der Vereinskasse.
Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 21. Aug.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. **Die Akkordarbeit bei der Firma Heidenreich & Görner.**
3. Innere Verbandsangelegenheit.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. D. O.

Segler-Klub „Hansa"
Sonntag, den 23. August:
10jähriges Stiftungsfest
im Klublokal **Wakenitz-Bellevue**
verbunden mit
Garten-Konzert, Herrenschießen, Damen- u. Kindervergnügen ꝛc. ꝛc.
Garten-Konzert von 4 Uhr an.
Festball
in den festlich dekorierten Räumen um 8 Uhr. (Stander-Weihe.)
Festkarte 75 Pfg., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundl. ein
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Heute Donnerstag (5. Tag) ringen:
Carlos Portugal gegen **Heinr. Winzer** Hamburg
Bouchioni Italien gegen **Apollon** Frankreich
Dierick Ponce Frankreich gegen **Siegfried** Deutschland
Billetvorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.
Freitag: 78. Abonnements-Vorstellung.
Letztes Gastspiel **Alex Otto** u. Frau **Marg. Otto-Körner** aus Hamburg.
Bernard Shaw
Frau Warrens Gewerbe.
Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze im Vorverkauf und an der Abendkasse gleich. Dutzendkarten ungültig.
Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**
Die Siebzehnjährigen.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 194. Donnerstag, den 20. August 1908. 15. Jahrg.

Können Sozialdemokraten für das Budget stimmen?

Über diese Frage bringt die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel. Nachdem dargelegt ist, daß auch die Einzelstaaten, besonders Bayern, dem Militarismus zu opfern haben, während die Überschüsse der Eisenbahnen, eine Haupteinnahme der Einzelstaaten, durch die Ausbeutung der ärmeren Klassen, hauptsächlich der Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten erzielt würden, heißt es in dem Artikel:

Geht man auf die Einzelheiten des Budgets ein, so ergeben sich gleich zwingende Gründe für die prinzipielle Ablehnung. Kein Ausgabeposten ist wohl dem Proletarier sympathischer, als die Ausgaben für Volksbildung. Wollen etwa die Genossen, die bereit sind, für das Budget zu stimmen, die Verantwortung für das bayerische Schulbudget übernehmen? Indem sie für das Budget stimmen, würden sie diese Verantwortung zu tragen haben, denn sie hätten ja dem zugestimmt, daß der Staat die Schule mit einem Bettel abspeist, daß er Hungerlöhne an die Lehrer zahlt, daß er systematisch die Verdummung der Jugend betreibt. Nein, ein Sozialdemokrat kann nicht die Mitverantwortung für die Verdummung des Volkes tragen und darf deshalb unter keinen Umständen für den Teil des Budgets stimmen, der sich auf die Schulen bezieht. Wie viel weniger aber kann er für die Zivilliste stimmen, für das Budget der Polizei, für das Budget der Staatskirche! Das wäre ein Faustschlag ins Gesicht des Proletariats. Wer aber das Budget als Ganzes bewilligt, der bewilligt alle diese Positionen.

Mit der schalen Phrase, es handle sich bei den Budgets der Einzelstaaten hauptsächlich um Aufwendungen für Kulturzwecke, bleibe man uns gefälligst vom Leibe. Das bayerische Budget 1908 enthält direkte Ausgaben für das Militär in Höhe von 74 Millionen Mark (11 Mark pro Kopf der bayerischen Bevölkerung, genau so viel, wie auch auf die übrige Reichsbevölkerung entfällt). Aber auch die übrigen Einzelstaaten tragen zur Deckung der Kosten des Militarismus und Marinismus bei, indem sie an das Reich Matrikularbeiträge zahlen. Diese Matrikularbeiträge dienen dazu, die Defizitlöcher im Reichsbudget zu stopfen, und dieses Defizit ist nichts anderes als eine Folge des Militarismus. Da die Matrikularbeiträge ein Kapitel im Ausgabeetat des Budgets der Einzelstaaten bilden, so bewilligt der Abgeordnete, der das Budget bewilligt, Ausgaben für den Militarismus. Daran ist nicht zu rütteln. Aber auch abgesehen davon ist und bleibt das Gerede von den „Kulturaufgaben“ eine öde Verlegenheitsphrase. Wir bekämpfen auf Schritt und Tritt die Art und Weise, wie der kapitalistische Staat die Kulturaufgaben behandelt, weil es eben im Wesen des kapitalistischen Staates liegt, daß er diesen Aufgaben nicht gerecht wird.

Wollen etwa die Bewilligungsfreunde der Welt weis machen, daß die Schulen, die Krankenhäuser, die Wohlfahrtseinrichtungen, die Verkehrseinrichtungen usw. usw. in den Staaten, deren Budgets sie bewilligen wollen, im Prinzip richtig konstruiert sind und im allgemeinen richtig verwaltet werden? Eine solche Behauptung würde durch jedes Blatt der sozialdemokratischen Zeitungen in den betreffenden Ländern Lügen gestraft werden. Wenn man aber auf dem Standpunkte steht, daß alles und jedes, was der heutige Staat zum Zwecke der öffentlichen Wohlfahrt und der Kultur tut, nicht nur mangelhaft, sondern im Prinzip falsch ist, weil der kapitalistische Staat seinem Wesen nach nicht die Kulturaufgaben als ein organisches Ganzes ansehen kann, dem alles andere untergeordnet werden muß, wenn man weiß, daß speziell die deutschen Staaten samt und sonders bureaukratisch verwaltet werden und schon aus diesem Grunde absolut unfähig sind, kulturfördernd zu wirken, sondern stets ein Hemmnis der Kulturentwickelung sein werden, so ist es einfach ungeheuerlich, die angeblichen „Kulturaufgaben“ zum Vorwand für eine antirevolutionäre, antisozialdemokratische Politik zu nehmen.

Dazu kommt noch das eine: Man kann es verstehen, wenn auch nicht billigen, wenn in einem parlamentarisch regierten Staate die Vertreter des Proletariats auf politische Experimente verfallen, wie die Bewilligung des Budgets ist. In einem solchen Staate kann die Bewilligung des Budgets durch eine parlamentarische Mehrheit, der die Sozialdemokraten angehören, ein Ministerium, das zurzeit als das kleinere Übel erscheint, am Ruder erhalten, während eine durch die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten herbeigeführte Verwerfung des Budgets das Ministerium stürzen würde. Solche Fälle sind denkbar, und es könnte sich fragen, ob die parlamentarischen Vertreter des Proletariats berechtigt wären, einen Augenblickserfolg durch Preisgabe des Prinzips zu erhaschen. Unserer Überzeugung nach ist selbst in solchen Fällen die Preisgabe des Prinzips das allergefährlichste, was man tun kann. Indessen dürften die Vertreter in den süddeutschen Parlamenten nicht leicht in die Versuchung kommen, durch ihre Abstimmung über das Budget Ministerien zu stürzen oder zu erhalten. Denn darüber dürfte man sich doch wohl klar sein, daß diese Parlamente zur Ohnmacht verdammt sind, solange nicht durch eine revolutionäre Umwälzung die Staatsverfassung im demokratischen Sinne geändert wird. Es ist unsinnig, in Bayern z. B. eine parlamentarische Taktik verfolgen zu wollen, wie sie in Frankreich denkbar wäre, solange ein Beschluß der politischen Höhlenmenschen, die in der „Ersten Kammer“ sitzen, jeden Schritt der „Zweiten Kammer“ null und nichtig machen kann. Es ist überflüssig, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, in welchen Fällen die bayerischen sozialdemokratischen Abgeordneten für das Budget stimmen dürfen, solange ein vertraktes Wahlsystem dem kulturfeindlichen Zentrum die Majorität im Bayernlande sichert.

Wenn bei dieser Lage der Dinge der kuriose Gedanke der Etatsbewilligung auftauchen kann, so beweist das nur, daß manchen Genossen über allem politischen Spintisieren der Sinn für die politischen Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie verloren gegangen ist.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

Agitation.

Das Berichtsjahr war ein Jahr lebhafter Agitation, da in den meisten Bundesstaaten die Wahlrechtsbewegung in lebhaften Fluß kam. Vor allem im größten Bundesstaate, in Preußen. Auf dem preußischen Parteitag, der vom 21. bis 23. November 1907 in Berlin tagte, beschlossen die preußischen Genossen ein Landesorganisationsstatut. Im § 4 des Statuts heißt es: „Die (preußische) Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuß haben die Parteigeschäfte im Einverständnis mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen, der zu allen Sitzungen einzuladen ist.“

Demgemäß hatte der Parteivorstand gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuß der preußischen Landesorganisation die notwendigen Aktionen für die Wahlrechtsbewegung und die Wahlbewegung in Preußen einzuleiten. Die Agitation für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts begann im November v. Js. Im Frühjahr wurde sie durch die Landtagswahlagitation abgelöst, die sich bis zum Ende des Berichtsjahres hinzog. Neben der Agitation in Versammlungen, über die im Kapitel: Wahlrechtsbewegung eingehend berichtet ist, wurden zur preußischen Wahlrechtsbewegung drei Musterflugblätter versandt. Die „Partei-Korrespondenz“ widmete mehrere Nummern der preußischen Wahlrechtsfrage. Als Material für die Redner wurden im November vor. Js. 1500 Sonderabdrucke aus dem Landtagswahlhandbuch versandt, die dessen Kapitel über die Wahlrechtsfrage enthielten. An Broschüren wurden neubearbeitet: „Die preußischen Landtagswahlen“ von Leo Arons und: „Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung“. „Eine Schilderung der volksfeindlichen Politik des preußischen Dreiklassenparlaments“. Hinzu kam ein Wahlrechts-Katechismus, von Genossen Göhre geschrieben. Die Verhandlungen des Reichstages über die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation vom 22. Januar und die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Januar wurden nach dem amtlichen Stenogramm als Broschüren herausgegeben. Das preußische Landtagswahlhandbuch wurde neubearbeitet und wuchs zu einem Bande von 596 Seiten an. Für die Wahlbewegung wurden fünf Musterflugblätter herausgegeben, die auf Wunsch auch illustriert bezogen werden konnten. Soweit nicht von den Agitationsleitungen der Bezirksverbände besondere Flugblätter für die Bezirke ausgearbeitet wurden, sind nach diesen Mustern in den Druckereien der Bezirke Flugblätter hergestellt worden. Der Gewerkschaftspresse wurde im Dezember ein die Wahlrechtsfrage betreffendes Flugblatt beigelegt. Ferner wurden im Auftrag des Parteivorstandes drei Artikel über die Wahlrechtsfrage und sechs Artikel über die Bedeutung der Landtagswahlen abgefaßt und der Gewerkschaftspresse als Gratis-Manuskript zur Verfügung gestellt. Wir können erfreulicherweise konstatieren, daß diese Artikel zahlreich Verwendung fanden.

Gegen den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes haben Parteivorstand und Generalkommission die Agitation gemeinsam eingeleitet. Die Parteiorganisationen wurden aufgefordert, mit den Gewerkschaftskartellen ihres Ortes sich zwecks Einberufung gemeinsamer Protestversammlungen in Verbindung zu setzen. Die Agitation setzte besonders in Süddeutschland, für das der Entwurf der „liberalen“ Blockära bedeutende Verschlechterungen brachte, und in den gemischtsprachigen Gegenden lebhaft ein. An die Redner wurde Material in Form einer Broschüre versandt, die Auszüge aus den Reichstagsreden der Genossen Heine und Legien enthielt. Dieses Material wurde den Rednern unentgeltlich geliefert.

Nach Schluß der Reichstagssession wurde ein Flugblatt über die Tätigkeit des Reichstags herausgegeben.

Von der im vorjährigen Bericht angekündigten Serie sozialdemokratischer Flugschriften sind bisher viele Nummern erschienen. Vier weitere Nummern sind in Auftrag gegeben. Die bisher erschienenen Nummern behandeln die Stellung der Sozialdemokratie zur Arbeiterversicherung, zur Volkserziehung, zu den Gemeindeaufgaben und zu den technischen Angestellten. Die Broschüren kosten im Einzelverkauf 10 Pfg. und werden zur Massenverbreitung zum Selbstkostenpreise abgegeben. Auf Ersuchen wurden an einige Bezirke 17 700 Exemplare dieser Flugschriften gratis abgegeben.

Die Kosten für die Agitationskalender wurden wieder für einige Bezirke ganz oder zum Teil von uns getragen, so u. a. für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, Schlesien, Hessen-Nassau, Rheinprovinz. Über die finanziellen Beihilfen, die an die Agitationsbezirke gewährt wurden, gibt der Kassenbericht Auskunft.

Nach Schluß der Reichstagssession haben wir die derzeitigen und früheren Abgeordneten angefragt, inwieweit sie sich zur mündlichen Agitation zur Verfügung stellen wollten. Es erklärten sich 14 Genossen zu längeren Touren in verschiedenen Bezirken bereit.

Gegen den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gaben wir ein Flugblatt heraus, das die Methode der Reichsverbandskampfesweise

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(28. Fortsetzung.)

Erst schoß er vor allen Dingen das Gewehr des Getöteten in die Luft und warf es dann neben ihn auf die Erde nieder. Hiernach band er sich sein Halstuch ab und sättigte es vollkommen mit dem Blute des Erschlagenen. Das Tuch legte er auf ein ziemlich großes Stück Rinde, nahm dieses auf die Schulter und schritt dann, so rasch er konnte, der Hütte wieder zu, sich dort vor allen Dingen mit Lebensmitteln, und was er sonst noch etwa brauchen konnte, zu versehen. Nur manchmal blieb er unterwegs stehen und ließ einen Tropfen Blut auf die Erde fallen. In der Hütte hielt er sich übrigens nicht auf, denn er konnte dort jeden Augenblick durch neue Spione überrascht werden. Hendricks Kiste aber, die in der einen Ecke stand, erbrach er noch vorher, nahm etwas Geld, das dieser darin hatte, sowie ein Taschenmesser und Feuerzeug heraus, drückte den Deckel dann wieder zu und schlug eine gerade Richtung nach dem Flusse ein.

Seine Flucht nach dem Wasser zu setzte er jetzt im Anfange so rasch fort, als es ihm die Füße erlaubten, und vermied dabei alle weichen Stellen im Boden, die seine Fährten zu deutlich verraten hätten. Daß ihm das nicht das geringste half und die Schwarzen denselben so leicht wie auf einer gebahnten Straße folgen würden, wußte er recht gut; aber glauben mußten sie wenigstens, daß er sie hätte irre führen wollen. Das lag mit in seinem Plane, zu dem auch das hier und da niedergeworfene Blut gehörte. Er spielte mit einem Worte die Rolle eines Verwundeten, der im Anfange flüchtete, so rasch er laufen konnte und den die Kräfte nach und nach verließen. Er blieb manchmal stehen und setzte sich auch wohl nieder, überall, wenn auch nur leichte Blutspuren zurücklassend, und ging die letzten paar hundert Schritt vom Flusse, als er das mit hohen Gumbäumen bewachsene Tal gerade mit Sonnenuntergang erreicht hatte, mit langsam schleppenden Schritten dem Ufer zu, legte sich einmal, wenn auch nur auf wenige Sekunden, unter einen Baum und suchte sich dann einen passenden Fleck aus, um den hier ziemlich tiefen Fluß zu durchschwimmen.

Hierzu wählte er eine Stelle, die an dem diesseitigen Ufer seicht war, drüben aber den tiefsten Grund hatte, und benutzte dabei das Stück Rinde, das er zu diesem Zweck gleich von allem Anfang mitgenommen hatte, als Nachen, um wenigstens sein Gewehr, Pulver, Decke und Feuerzeug darauf zu legen und trocken zu halten. Ein geübter Schwimmer, erreichte er hierauf leicht das andere Ufer. Hier nun begann seine List, die Schwarzen irre zu führen. Mit den Fingern krallte er sich in den ziemlich steilen Lehmboden ein, als ob er versucht hätte, daran hinaufzuklettern, brachte das Knie hinauf, rutschte dann wieder damit hinunter und zog das blutgetränkte Tuch ein paarmal über den Boden. Auch den Eindruck des Gewehrs ließ er in der weichen Erde zurück. Dann aber wusch er sein Rindenstück sauber im Wasser ab, packte die ihm nötigen Sachen darauf, und schwamm, sein kleines Kanoe nachziehend, mit der Strömung langsam den Fluß hinunter. Es dämmerte schon stark, er aber wußte recht gut, daß er für diese Nacht von seinen Verfolgern nichts weiter zu fürchten hatte. Diese nur nicht so bald wieder auf seine Spur zu bekommen, blieb seine einzige Sorge.

Seine Berechnung war auch insofern vortrefflich gewesen, als die Feinde erst die Rückkehr ihres Kundschafters abwarten wollten, ehe sie daran gingen, ihn einzufangen. Bis sie deshalb erfuhren, welches Schicksal den ereilt, und bis Hendricks, wütend über den an ihm verübten Diebstahl, Klage gegen den flüchtig gewordenen Hüttenwächter geführt, gewann John fast vierundzwanzig Stunden Vorsprung und damit vollkommen Zeit, seine Fährten auf viele Meilen weit zu unterbrechen. Hendricks wußte übrigens noch nichts von dem im Busch erschossenen Schwarzen, wenn er auch die Schüsse selbst gehört hatte.

Als die Schwarzen den Leichnam ihres Kameraden fanden, folgten sie allerdings mit Leichtigkeit der Spur des Entflohenen, lachend dabei auf das Blut zeigend, das, wie sie meinten, von einer schweren Wunde herrühre, war doch Kuyunkos Gewehr abgeschossen gewesen. Auch an der anderen Seite des Stromes trafen sie ohne Zeitverlust auf die besonders für sie hergestellten Blutspuren sowie anderen Zeichen. Hierauf hatte der Wachtmeister aber, der sich der Schar angeschlossen, allerdings jede Hoffnung aufgegeben, die schon sicher geglaubte Beute lebendig einzuholen.

„Jungens,“ rief er seinen Leuten zu, „die Kanaille hat den Hals voll Wasser bekommen, und mit unseren hundert Pfund Sterling ist's faul, wenn wir nicht noch irgendwo in einem gefälligen Gummipfel das aufgeschwemmte Aas finden. Hier hat er herausgewollt und ist zweimal wieder zurückgerutscht, muß geblutet haben wie ein Schwein. Pest und Tod, ich gebe meinen kleinen Finger darum, wenn wir den Schuft lebendig hätten!“

Für den Augenblick blieb jetzt auch wirklich nichts weiter zu tun, als eben den Leichnam des, wie man vermutete, durch den Schuß schwer verwundeten Verbrechers zu suchen. Der Wachtmeister schickte deshalb einen seiner Leute, Mabong, augenblicklich an den Leutnant, ihm von dem Stande der Sache Kunde zu geben, und die Schwarzen warfen unterdessen ihre Kleider ab, um unter dem Wasser nach ihrer Beute zu suchen.

Wenig wilde Stämme der ganzen Erde sind so geübte Schwimmer, besonders Taucher, wie die Schwarzen im Flußgebiete des Murray. Von der Natur schon zum großen Teil auf den Strom mit seinen Fischen und Krebsen angewiesen, gehen sie oft langen Strecke, nur mit einem dünnen Holzspeer bewaffnet, auf dem Grunde hin und harpunieren Hummer und Fische, die sich gern unter den in den Strom gestürzten Stämmen aufhalten. Mehrere Minuten lang bleiben sie solcher Art unter dem Wasser, steigen dann auf kurze Zeit an die Oberfläche, tun ein paar Atemzüge und verschwinden wieder unter der sich über ihnen schließenden Flut.

Bessere Wasserspürer hätte der Wachtmeister sich auch gar nicht augenblicklich wünschen können. Trotzdem aber, daß auch der Fluß selbst ihre Bemühungen hier zu lohnen versprach, indem gerade eine kurze Strecke weiter unterhalb mehrere der weitarmigen Gums in das Flußbett gestürzt und wie Blei liegen geblieben waren, konnten die Schwarzen in den zackigen, schleimüberzogenen Zweigen derselben nicht das geringste finden, und suchten vergebens, bis die Nacht ihren weiteren Nachforschungen ein Ende machte.

Bis dahin hatte der Wachtmeister seinen Leutnant erwartet, und erst als dieser mit Dunkelwerden nicht kam, mußten die Leute lagern. Mit der ersten Morgendämmerung brach er dann selber mit ihnen auf, um zur Station zurückzukehren und dort Bericht über die halb gelungene, halb verfehlte Expedition abzustatten. Nur zwei Schwarze ließ er am Flusse zurück ihre Nachforschungen noch ferner anzustellen. Der Gedanke war ihm zu fatal, die hundert Pfund Belohnung so ohne weiteres aufzugeben.

kennzeichnet. Den Lügen, welche über die sozialdemokratische Partei und ihre Führer bei den Wahlen immer wieder aufgewärmt werden, haben wir in dem Handbuch: „Wahllügen der bürgerlichen Parteien“ eine eingehende übersichtlich geordnete Widerlegung gewidmet. Als Anleitung zum Erwerb des für die Agitationstätigkeit nötigen Wissens gaben wir den vom Genossen David bearbeiteten „Referentenführer“ heraus, der bereits in dritter Auflage erschien. Die „Wahllügen“ und der „Referentenführer“ wurden für die Referenten an die Organisationen zum Selbstkostenpreise abgegeben. Die angekündigte Zusammenstellung der seit Bestehen des Reichstags von der sozialdemokratischen Fraktion dort eingebrachten Anträge konnte immer noch nicht in Druck gegeben werden. Die Zahl der selbständigen Anträge und die Zahl der zu den Regierungsvorlagen eingebrachten Amendements ist infolge der 40jährigen positiven Arbeit der Fraktion so groß, daß ihre übersichtliche Zusammenstellung nebst den auf die betreffenden Gesetze bezüglichen Hinweise über den Rahmen eines starken Bandes hinausgehen wird. Hingegen haben wir die auf den internationalen Kongressen und deutschen Parteitagen seit 1889 gefaßten Beschlüsse gesammelt und werden sie unter Hinzufügung der Nürnberger Beschlüsse nach dem Parteitag im Druck erscheinen lassen.

Zur Agitation unter der polnisch sprechenden Arbeiterbevölkerung hat der Verlag der „Gazeta Robotnicza“ in Kattowitz eine Serie Agitationsbroschüren herausgegeben, deren Verbreitung in allen den Gegenden angebracht ist, in denen es gilt, die polnischen Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen.

* * *

Wahlrechtsbewegung.

Im Jahre 1903 hat sich die preußische Sozialdemokratie zum ersten Male in umfassender Weise an den preußischen Landtagswahlen beteiligt. Die Sozialdemokratie brachte 314 149 Stimmen auf und blieb damit um wenig Stimmen hinter den Konservativen zurück, die 324 157 Urwähler zählten. Die konservativen Wahlmänner wählten 143 Abgeordnete. Die sozialdemokratischen brachten nicht einen einzigen Abgeordnetenkandidaten durch. Die schreiende Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems war aller Welt drastisch vor Augen geführt und löste in den entrechteten Volksmassen eine ungeheure Erbitterung aus. Der 21. Januar 1906 sah die ersten großen preußischen Wahlrechtsdemonstrationen. Die Regierung machte Infanterie, Kavallerie und Artillerie gegen das Volk mobil. Eine nachhaltige Wirkung übten die Massenversammlungen am „roten Sonntag“ auf die Regierung der preußischen Kapitalisten und Junker noch nicht aus. Es kam eine Regierungsvorlage, die eine Flickform bedeutete. Eine Reihe allzugroßer Wahlkreise in Berlin, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien wurden geteilt. Die Mandate des preußischen Abgeordnetenhauses wurden von 433 auf 443 vermehrt. Mit dieser Flickarbeit glaubte die Regierung genug getan zuhaben. Das Volk war anderer Meinung. Die „Niedergerittenen“ des Jahres 1907 bewiesen bald ihre Lebendigkeit, indem sie in der preußischen Wahlrechtsfrage zur Offensive übergingen gegen den mit Klassenprivilegien gesegneten Feind. Vom 21. bis zum 23. November 1907 hielt die preußische Sozialdemokratie ihren zweiten Parteitag in Berlin ab, der ganz im Zeichen des Wahlrechtskampfes stand. Die versammelten Mandatare der preußischen Sozialdemokratie gelobten, „den Kampf gegen das bestehende elendeste und erbärmlichste aller Wahlsysteme mit allen dem organisierten Proletariat zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mitteln zu führen“ und nicht eher zu ruhen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen nach Maßgabe der Verhältniswahl erobert ist. Der erhebende Verlauf des preußischen Parteitages weckte in ganz Preußen Töne der Begeisterung. Das Signal zum Kampfbeginn war gegeben. Der Parteitag wurde zum Ausgangspunkt einer Volksbewegung, wie sie Preußen seit sechs Jahrzehnten nicht gesehen hatte.

Am 26. November vorigen Jahres trat der preußische Landtag zu seiner letzten Session der laufenden Legislaturperiode zusammen. Wilhelm II. war im Ausland. Bülow eröffnete den Landtag mit einer Thronrede, in der die Wahlrechtsfrage mit keinem Worte erwähnt war. Auf den Abend des 26. November hatte die preußische Sozialdemokratie in ganz Preußen Massenversammlungen einberufen, die einen außerordentlich starken Besuch aufwiesen. In den Versammlungen wurde das Schweigen der Thronrede gebührend beantwortet. Die Stimme des Volkes rief den herrschenden Klassen deutlich zu, daß es wahrlich an der Zeit sei, das auf einen Gewaltstreich gegründete Wahlunrecht zu beseitigen. Im Anschluß an die Versammlungen kam es hier und da zu spontanen Massenkundgebungen. In Rixdorf wurden vor den abgesperrten Lokalen aus den Reihen der Demonstranten eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. In Bielefeld zogen 7000 Arbeiter durch die Hauptstraßen. Der Ruf: „Hoch das freie Wahlrecht“ erscholl von nun ab auch auf den Straßen.

Die Bewegung der Massen war auf die Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht ohne Einfluß geblieben. Die freisinnigen Parteien hatten im Abgeordnetenhause einen Antrag eingebracht, der 1. die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und 2. eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhause entsprechend den Grundsätzen des Gesetzes vom 27. Juni 1860 auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 verlangte. Die Beratung dieses Antrages stand in der Sitzung vom 10. Januar 1908 auf der Tagesordnung, der ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien. Am Abend vorher fanden wieder in ganz Preußen Demonstrationsversammlungen statt, die trotz Schneestürme und bitterer Winterkälte allenthalben einen Massenbesuch aufwiesen und der Kampfbereitschaft des klassenbewußten Proletariats ein gutes Zeugnis ausstellten. Infolge der Versammlungsüberfüllung und -Absperrung bildeten sich bald in Berlin auf den Straßen Demonstrationszüge. Die Straßen nach dem Stadtinnern wurden durch doppelte Schutzmannsketten gesperrt. Nach Schluß der Versammlungen zogen endlose Züge von Männern und Frauen durch die Straßen Berlins. Sie sangen Kampflieder und gaben für das Proletariat als Parole des kommenden Tages aus: „Heraus mit dem freien Wahlrecht!“ Aus den Versammlungen wurden dringende Telegramme an das Abgeordnetenhaus, an den Ministerpräsidenten und an die preußischen Landtagsabgeordneten gerichtet, in denen die Wahlrechtsforderungen der Sozialdemokratie den Herrschenden zu nächtlicher Stunde in Erinnerung gebracht wurden. Über den Verlauf der Versammlungen wurde aus ganz Preußen sofort telegraphisch Bericht nach Berlin gegeben. Die Berichte wurden in der Nacht zusammengestellt und als Extrablatt des „Vorwärts“ in den frühen Morgenstunden auf den Straßen und an den Bahnhöfen Berlins in Massen gratis verbreitet. So wurde die Aufmerksamkeit auch der uns noch fernstehenden Kreise auf die kommenden Dinge im Dreiklassenhause gelenkt. Vom frühen Morgen ab bot die Prinz Albrecht-Straße, in welcher das Abgeordnetenhaus tagt, ein bewegtes Bild. Aus den Hunderten, die sich dort versammelten und die Treppe des vis-a-vis liegenden Kunstgewerbemuseums besetzten, wurden Tausende, die auf den Bürgersteigen und dem Fahrdamm hin- und herfluteten. Je näher die Stunde der Sitzungseröffnung kam, desto lebendiger wurde das Volk draußen, das drinnen keine Vertreter hatte. Die Abgeordneten mußten sich einen Weg durch die dichte Menge bahnen, wobei den Vertrauensmännern der Junker und Geldsackkapitalisten die Rufe „Hoch das freie Wahlrecht“, „Heraus mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen“, „Her mit dem Frauenwahlrecht“ in die Ohren gellten. Männer und Frauen schwenkten das Extrablatt des „Vorwärts“ hoch, in dem es hieß: „Das Volk ist auf dem Plane.“ — Lernet, Ihr seid gewarnt.“ Als Bülow in seiner Karosse anfuhr, mußten seine gefürsteten Ohren den Wutschrei des Volkes vernehmen. Ein tausendstimmiger Gesang des Wahlrechtsliedes umbrauste ihn: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen.“ So wurde seit 1848 noch kein preußischer Ministerpräsident vor dem Parlamentsgebäude vom Volke empfangen. Die Polizei, die sich am Morgen darauf beschränkt hatte, den Fahrdamm für die Auffahrt freizuhalten, „säuberte“ in den Mittagsstunden die Prinz-Albrecht-Straße. Im Laufschritt nahten Schutzmannspatrouillen heran. Berittene gingen scharf vor und drängten die Demonstranten zurück, die unter dem Klang des Liedes: „Wer schafft das Gold zu Tage“ langsam zurückgingen, ihre Wahlrechtsrufe in die benachbarten Straßen und Stadtviertel verpflanzend. Während draußen das Volk stürmisch bewegt das Wahlrecht zum Losungswort des Tages machte, war drinnen das Haus nicht einmal anständig besetzt. Die freisinnigen Anträge begründete der Abgeordnete Träger, der zwar alle Verrätereien des Block-Liberalismus mitmacht, aber seinen Namen aus einer besseren Vergangenheit hat. Er raffte sich wenigstens dazu auf, zu sagen, daß er als Erwählter des Dreiklassenparlaments nicht den Mut habe, sich Volksvertreter zu nennen. Dann nahm der Blockkanzler und preußische Ministerpräsident zu seiner im ganzen Lande mit Spannung erwarteten Erklärung das Wort. Sie lautete:

„Die Königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preußischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die Königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Änderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die Königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist. Auch kann die Königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Jede gesunde Reform des preußischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen und deshalb auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder, ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung und dergleichen, zweckmäßig abgestuft werden muß. Sobald die Königliche Staatsregierung für ihre Entschließungen feste Unterlagen gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann, wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.“

Lebhafte „Bravos! Rechs“ folgten den markanten Stellen dieser in schroffster Form die Linke brüskierenden Erklärung Bülows. Nur sachte zischten am Schluß die Freisinnigen über diese Kriegserklärung an den Liberalismus. Die konservativen Redner sprachen dem konservativen Ministerpräsidenten das Vertrauen der Kraut- und Schlotjunker aus. Sie hatten alle Ursache dazu. Der Redner der Nationalliberalen war im großen und ganzen mit Bülow zufrieden und liebäugelte mit dem Pluralwahlrecht. Das Zentrum ließ einen Redner für die Übertragung des Reichstagswahlrechts, aber gegen eine Neueinteilung der Wahlkreise reden. Der Freisinn schickte Herrn Fischbeck vor, der eine geradezu klägliche Rolle spielte. Bülows Herausforderung der Freisinnigen vernichtete auch die kleinste Teilhoffnung der freisinnigen Fraktionspolitiker. Mit schneidendem Hohne hatte Bülow vor dem ganzen Lande festgestellt, daß die liberale Ära in Preußen-Deutschland ein Phantom ist. Die Blockpolitik hatte Fiasko gemacht. Fischbeck kündigte dem Kanzler nicht den Block. Der Freisinn, unfähig eine Volksbewegung zu entfesseln, will abwarten, ob nach langen Erwägungen vielleicht in Jahren ein Reformbrocken vom Tische der Regierung fällt. Freudig wird er dann nach solchem Brocken schnappen, voll Stolz, daß der Liberalismus etwas „erreicht“ haben wird. Parlamentarisch ging die Wahlrechts-„Aktion“ der freisinnigen Parteien aus wie das Hornberger Schießen. Für die Übertragung des Reichstagswahlrechts stimmten nur Freisinn, Polen und Zentrum, für eine neue Wahlkreiseinteilung nur Freisinn, Polen und Nationalliberale, so daß beide Teile des Antrags Aronsohn und Genossen abgelehnt waren. Selbstverständlich verkündeten die Redner der bürgerlichen Parteien, daß sie mit den Straßendemonstrationen vor den Toren nichts zu tun hätten und Bülow versicherte ihnen, daß die Regierung sich durch Demonstrationen nicht von dem Wege abbringen lasse, den ihr das Staatsinteresse „vorschreibt.“ Die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien steigerte die Erbitterung der Volksmassen auf das höchste. Von Mund zu Mund ging in den Arbeiterquartieren die Losung: „Auf zu den Massenversammlungen“, die Sonntag, den 12. Januar, wieder über ganz Preußen angesetzt waren. „Auf zur Abrechnung mit den Vertretern der herrschenden Klassen!“

In Erwartung der Dinge, die da kommen mußten, erließ der Berliner Polizeipräsident von Borries am 11. Januar eine Bekanntmachung, in der es hieß, daß Straßendemonstrationen überhaupt unerlaubt seien, und daß ihnen gegebenenfalls mit allem Nachdruck entgegengetreten würde. Diese Bekanntmachung verfehlte ihre Wirkung völlig. Kein Wunder. Am 25. Januar und 5. Februar 1907 hatten sogenannte patriotische Straßenkundgebungen stattgefunden, bei denen gesungen, Hochs ausgebracht und vor dem Kultusministerium mit „Pfui Studt“ demonstriert worden war. „Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich“. So heißt es wenigstens auf dem Papier der Verfassung. In langen Zügen marschierten die Genossinnen und Genossen am 12. Januar nach den Versammlungslokalen, die bald gefüllt waren und wahre Ströme von Menschen auf die Straße verwiesen. Nach Schluß der Versammlungen setzten die Kundgebungen wider die reaktionäre Regierung, wider die wahlrechtsfeindlichen Junker und Bourgeois, wider die waschlappige bürgerliche „Opposition“ in verstärktem Maße auf den Straßen ein. So in Berlin, so in den Städten und Industriedörfern der Provinzen. In Berlin und seinen Vororten suchte die Polizei die Züge der Demonstranten zu hindern. Besonders die nach dem Innern der Stadt führenden Straßen

---

XIV.

Kakurru.

Mit Tagesanbruch war Walker, in Begleitung seines Gefangenen und Mabongs, wie es der alte Mr. Powell gewünscht hatte, aufgebrochen, und Mac Donald schien sich vollkommen ruhig in sein Schicksal zu finden. Er ritt auch sein umgetauschtes Pferd, das ihm der Leutnant überlassen, um rascher vorwärts zu kommen. Nur seine Satteltasche und Halftern hatte Walker dem schwarzen Polizisten übergeben. Seine Hände waren freilich noch immer gefesselt, und eine starke, im Zügel seines Pferdes befestigte Leine, die um Walkers Sattelknopf das andere Ende schlang, regelte den Gang seines Tieres und machte jeden Fluchtversuch von vornherein unmöglich. Was hätte er auch waffenlos und mit zusammengeschmiedeten Händen im trockenen Busch drinnen für Rettung finden wollen!

Die Station lag, als sie den Platz verließen, noch still und ruhig; nur einer der Hüttenwächter brachte aus der kleinen Einfriedigung vier Pferde an den Zügeln herbei und begann sie zu satteln. — Mac Donalds Grauschimmel war dabei!

Walker hielt neben dem Mann, der neugierig und erstaunt stehen geblieben war, um den Gefangenen abführen zu sehen, und sagte:

„Für wen die Pferde, Freund, schon zu so früher Stunde?“

„Für Master, Sir“, erwiderte der Mann, den Mund noch halb offen, „Master und Mr. George und Mr. Ned wollen mit Mr. Bale hinausreiten und Pferde eintreiben für den Adelaide-Markt.“

„Ah so, apropos, mein Bursche, wenn einige von meinen Leuten vielleicht durch den Busch hierher kommen sollten, so sag' ihnen, daß sie mich an der nächsten Biegung des Flusses oben treffen. Verstanden?“

„Ay, ay, Sir, aber, aber nach Adelaide geht's da hinunter.“

„Ich will auch nicht nach Adelaide, vergiß nicht, an der nächsten Biegung!“

„Soll richtig besorgt werden.“

Mac Donald warf noch einen Blick nach dem kleinen, freundlichen Wohnhause zurück. Es war ihm fast, als ob er die eine der verhangenen Gardinen sich bewegen sähe; — er hatte sich doch wohl nur getäuscht, und tief aufseufzend wandte er den Kopf und drückte, ganz seine Fesseln vergessend, dem eigenen Tier die Flanken, daß es mit raschem Sprung vorwärts fliegen wollte. Aber die Leine verhinderte es, und nur ungern dem Zwang gehorchend, tanzte es mit seinem Reiter und schäumte in sein doppelt gehaltenes Gebiß.

„Nicht so rasch, Sir,“ sagte Walker ruhig, „wir müssen unsere Tiere an gleichen Schritt gewöhnen. Sind wir erst eine Strecke draußen, so können wir sie auch ein wenig ausgreifen lassen.“

„Sie haben zu befehlen,“ erwiderte finster der Gefangene und ritt schweigend neben seinem Wärter die hier ziemlich breite und sandige Straße entlang. Mabong folgte, nach der Ordre seines Leutnants, dicht hinter ihnen und hatte strengen Befehl, den Gefangenen bei dem geringsten Fluchtversuch vom Pferde zu schießen. Walker hatte Mac Donald, als sie aufbrachen, davon in Kenntnis gesetzt.

Als sie die äußerste Grenze der Station und den Rand des hier beginnenden Busches erreichten, hielt Walker die Pferde an, wandte das seinige und schaute wohl eine Minute still und schweigend auf die kleine Häusergruppe zurück, die friedlich im Lichte der eben aufgehenden Sonne lag. Kein menschliches Wesen war noch darin zu sehen, den Pferdeknecht ausgenommen, der die Tiere sattelte. Nur auf dem nackten Sandhügel hinter den Gebäuden saß Nguyulloman vor seiner niedern Rindenhütte und schürte sein Feuer, aus dem ein dicker schwarzer Qualm in einzelner Säule kerzengerade in die reine Morgenluft hineinstieg.

„Vorwärts!“ sagte da Walker plötzlich, indem er sein Pferd herumwarf und Mac Donald dem Befehl gehorchte, „es wäre für uns beide besser, wenn wir den Platz im Leben nicht gesehen hätten!“

Mac Donald sah rasch und fragend zu ihm hinüber, allein der junge Mann hatte den Kopf gesenkt und starrte finster vor sich hin. Sein Pferd brachte er dabei in einen scharfen Trab, dem sich das des Gefangenen anschloß, bis sie fast die dem Pferdeknecht bezeichnete Biegung erreicht hatten. Da kamen ihnen von dort Reiter entgegen, und bald darauf sprengte der Wachtmeister mit sechs oder acht von seinen Leuten herbei, seinen Leutnant aufzusuchen, den er jetzt, als er ihn herankommen sah, mitten in der Straße erwartete.

„Herr Oberleutnant,“ sagte der alte Soldat, indem er die Hand militärisch grüßend an die Mütze legte, „ich habe zu melden, daß, alle Teufel!“ unterbrach er sich plötzlich, Dienst und Disziplin in dem Erstaunen über den gefesselten Fremden vergessend, „Mr. Mac Donald mit Handmanschetten Ihrer Majestät?“

Der Leutnant schwieg einen Augenblick, aber ein leichtes, triumphierendes Lächeln, das über sein Gesicht zuckte, brach sich doch Bahn, und auf den Gefangenen deutend, sagte er mit ironischer Höflichkeit zu seinem Wachtmeister:

„Kulloch, ich habe das Vergnügen, Euch hier Herrn Jack London vorzustellen.“

„Alle Wetter!“ rief der Wachtmeister, während die Schwarzen noch zu weit zurückstanden, die Worte ebenfalls hören zu können, erstaunt aber unter einander flüsterten, als sie den Fremden von der Station in Handeisen erkannten. „Da hat der Ritt doch der Mühe gelohnt, und wir haben die beiden Hauptvögel erwischt und unschädlich gemacht.“

„Wollen Sie mich nicht Ihren übrigen Leuten ebenfalls vorführen?“ frug Mac Donald mit vor Zorn bebender Stimme.

„Es ist für jetzt nicht nötig,“ erwiderte ruhig Walker, „da ich in eigener Person Ihren Transport bis zur nächsten Polizeistation übernehmen werde. Übrigens hat sich dem schon Mabong unterzogen.“

Mabong war in der Tat zu den Kameraden geritten, sie von der Bedeutsamkeit ihres Fanges in Kenntnis zu setzen, und die schwarzen Burschen, ihre großen, weißen Augen im Gesicht rollend, drängten sich neugierig herbei, um den kecken Weißen, der sich so mutig mitten zwischen sie hineingewagt und ihrer Wachsamkeit entgangen war, mehr in der Nähe zu sehen.

„Zurück mit Euch,“ rief ihnen aber der Offizier finster zu. „Wachtmeister, haltet Eure Schar in Ordnung; die Kerle wissen so wenig von Disziplin, wie eine Herde Schafe.“

„Desto besser sind sie auf einer Fährte,“ lachte dieser, „und Sie hätten sehen sollen, wie sie den Spuren des flüchtigen roten John folgten. Der eine voran, die Nase dem Boden zugekehrt, wie ein Brack hinter einem Fuchs her, und die anderen blitzesschnell dahinter her. Daß sie die Neugier treibt, sich den Herrn hier in der Nähe anzusehen, kann ich ihnen nicht verdenken, und, wer weiß, ob es nicht für spätere Zeiten nützlich ist, denn er sieht mir eben nicht aus, als ob er so leicht festzuhalten wäre.“

(Fortsetzung folgt.)

sollten durch Schutzmannsketten gesperrt werden. Die Demonstranten fanden aber den Weg bis unter die preußische Triumphstraße: „Unter den Linden“ und bis zum Lustgarten hinüber erschallten vom Opernplatze her Hochs auf das freie Wahlrecht und die Marseillaise. Der polizeioffiziöse Bericht sagte, daß zwei Züge nur mit größter Anstrengung vom Schlosse abgedrängt werden konnten. Im Zentrum der Stadt ging die Polizei rücksichtslos gegen die friedlich dahinziehenden, unbewaffneten Wahlrechtskämpfer mit blanker Waffe vor. Die Straßen Berlins wurden seit 1848/49 zum ersten Male wieder von Bürgerblut gerötet. Unter den Linden, in der Neustädtischen Kirchgasse, an der Alsenbrücke, am Lehrter Bahnhof, am Kottbuser Tor, am Rosenthaler Tor, am Schönhauser Tor, in der Michaelkirchstraße und an anderen Plätzen kam es zu ernsten Zusammenstößen, weil die Polizei den Wahlrechtsdemonstranten das Recht auf die Straße bestritt, das das Berliner Proletariat am 12. Januar mit allem Nachdruck für sich geltend machte. Bei den Attacken der Polizei wurden auch eine Anzahl harmlose Spaziergänger Unter den Linden verletzt. Als im Lustgarten die Hochs auf das freie Wahlrecht hörbar wurden, rückte aus dem Schloßhof Polizei heran. Das Schloßviertel glich einem Kriegslager. In den meisten öffentlichen Gebäuden der inneren Stadt war Polizei untergebracht. Mit Niedersreiten und Einhauen „arbeiteten“ die Polizeimannschaften gegen das Volk, das sich seinen eigenen Weg wählen wollte. Nicht nur auf Wehrlose, langsam Zurückweichende, sondern auch auf Fliehende und auf an der Erde Liegende wurde eingehauen. Der schärfste Zusammenstoß ereignete sich in der schmalen Friedrichsgracht. Ein Zug von 3000 bis 4000 Demonstranten kam von der Fischerstraße her nach der Gertraudenbrücke und fand den Mühlendamm gesperrt. Die Polizei ging vor. In den engen Straßen konnte die Menge nicht schnell zurück. Als die Demonstranten schon im Weichen waren, rückte, wie in dem späteren Aufruhrprozeß festgestellt wurde, unter Hauptmann Stephan die Polizeireserve heran und lieferte den Unbewaffneten ein Treffen. Die Fliehenden wurden verfolgt. Der Polizeisäbel verrichtete blutige Arbeit, trotzdem keinerlei Befürchtung vorhanden sein konnte, daß die durch den volksfeindlichen Starrsinn der Herrschenden zu friedlichen Kundgebungen auf die Straßen Getriebenen etwa Absicht hatten, sich auf die Polizei zu stürzen. An der Friedrichsgracht wurde auch ein Schuß abgegeben. Aber erst, nachdem die Säbel „arbeiteten“. Wer den Schuß abgegeben hat, konnte nicht festgestellt werden. Unter die Demonstranten hatten sich Polizeibeamte gemischt. Der Kriminalschutzmann Draber, der sich den falschen Namen Gräfling beilegte, war unter den Demonstranten und rief tapfer: „Hoch das allgemeine Wahlrecht. Nieder mit Bülow!“ Der Kriminalschutzmann Kassube wurde an der Friedrichsgracht sogar verwundet. Diesen beiden Schutzleuten wurde von ihrer vorgesetzten Behörde in dem späteren Wahlrechtsprozeß das Recht zur Aussage verweigert. In Berlin waren die Versammlungen auf 12 Uhr angesetzt. Zwischen ½2 und 2 Uhr waren sie zu Ende. Bis gegen 4 Uhr dauerten die Straßenkundgebungen. Bis in den späten Abend hinein waren an den öffentlichen Gebäuden und an den hauptsächlichsten Straßenkreuzungen Polizeipatrouillen, etwaige „nächtliche Angriffe“ erwartend. Nach Angabe des Polizeiministers wurden in Berlin am 12. Januar ungefähr 30 Personen aus dem Publikum verletzt. In Wirklichkeit sind es bedeutend mehr gewesen. Die Verwundeten hatten kein Interesse daran, daß ihre Verletzungen polizeibekannt würden. Der Minister von Moltke gab im Dreiklassenhause die Zahl der Demonstranten auf 12 000 an. Daß diese Zahl viel zu niedrig ist, geht schon daraus hervor, daß selbst das polizeioffiziöse Wolffsche Bureau von 30 000 und die „Nordd. Allgem. Ztg.“ von 50 000 Teilnehmern an den Straßenkundgebungen sprachen.

Die Straßendemonstrationen beschränkten sich nicht auf Berlin und seine Vororte. Wo in nennenswerter Zahl organisierte Genosse vorhanden waren, meldete der Telegraph von gelungenen Kundgebungen des entrechteten Volkes. In kleineren Orten erhielten die führenden Genossen vielfach Strafmandate, weil sie beschuldigt wurden, an unerlaubten Umzügen unter freiem Himmel teilgenommen zu haben. In Erfurt ersuchte ein Polizeikommissar seine Beamten, die heranziehenden Teilnehmer des Zuges einzeln aufzuschreiben. In Königsberg waren die Truppen konsigniert und die Schloßwache verstärkt. In Hannover zählten die vor dem Hoftheater vereinigten Züge der Wahlrechtskämpfer mehr als 10 000 Teilnehmer. In Kassel zogen die vereinigten Massen vor das Oberpräsidium. In Tilsit begleiteten 300 Genossen den Referenten Hofer-Skaisgirren zum Bahnhof. Hofer und zwei Genossen wurden verhaftet und nach 2½ Stunden erst wieder freigelassen. Eine Anklage auf Hochverrat folgte, weil Hofer zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung aufgefordert haben sollte. Das Reichsgericht lehnte die Anklage-Erhebung später ab. In Danzig wurde die angesetzte Versammlung polizeilich verboten und den Genossen der Zutritt zu dem gemieteten Lokal verweigert. In Breslau wurde nach prächtig gelungenen Straßenkundgebungen der Ring „gesäubert“. In Köln wurden die Verkehrsadern der Stadt polizeilich unterbunden. In Frankfurt a. M. kam es auf der Kaiserstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. In Halle nahm die Polizei Sistierungen vor, als Tausende nach dem Volkspark zogen. In Magdeburg sperrten doppelte Schutzmannsketten den Genossen den Weg. Hier wie gleichfalls in Kiel wurden Verhaftungen vorgenommen. In Flensburg und Düsseldorf löste die Polizei die Züge der Demonstranten auf. In Stettin, in Essen, Elberfeld-Barmen, Altona, in den westfälischen Berg- und Hüttendistrikten war das Proletariat auf dem Posten. In Solingen kam es auch nach dem 12. Januar noch mehrfach im Anschluß an Versammlungen zu Straßenkundgebungen, wobei die Polizei sich Mühe gab, die Züge der Demonstranten zu zerreißen. Dort weigerte die Polizei den Genossen am 16. Februar auch den Eintritt in das Gewerkschaftshaus, so daß die Massen auf den Straßen bleiben mußten.

Die Straßenkundgebungen des klassenbewußten Proletariats verliefen so glänzend, daß die herrschenden Klassen sie nicht ignorieren konnten. Die Massenversammlungen hatte man früher einfach totgeschwiegen. Diese imposanten Straßenkundgebungen waren nicht totzuschweigen. Die Aufmerksamkeit des gesamten Auslandes war auf die schmachvollen inneren Zustände Preußens gelenkt. Aus dem Ausland sandten die sozialistischen Bruderparteien den Wahlrechtskämpfern herzliche Grüße. In Süddeutschland nahmen die Genossen an den preußischen Wahlrechtskämpfen besonders lebhaften Anteil. Flugblätter wurden verbreitet, in denen auf den für ganz Deutschland verderblichen Einfluß des preußischen Dreiklassenstaats hingewiesen wurde. Am 9. Februar tagte in Würzburg eine Konferenz der bayerischen, württembergischen, badischen und hessischen Mitglieder der sozialdemokratischen Kammerfraktionen, die gegen Bülows Erklärung vom 10. Januar protestierte, in ihr einen Angriff auf das konstitutionelle Leben Süddeutschlands und eine Gefährdung des Reichstagswahlrechts erblickte. In den süddeutschen Parlamenten wurde die Erklärung der preußischen Regierung zur Sprache gebracht. Die süddeutschen Minister wichen aus mit der gänzlich verfehlten Begründung, daß es sich nur um innerpolitische Angelegenheiten Preußens handle. Immer größeren Schichten der süddeutschen Bevölkerung machten unsere Genossen klar, daß die preußische Reaktion wie ein Alp auf ganz Deutschland lastet, ständig bestrebt, Fortschritte in anderen Bundesstaaten zu hemmen.

Im Reichstag wurde die preußische Wahlrechtsvorlage aufgerollt auf Grund einer Interpellation, die die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hatte. Die Interpellation wurde am 22. Januar behandelt. Der Reichstag war von Polizeiketten umgeben. Selbst Minister mußten sich legitimieren, ehe sie die Polizeiketten passieren durften. Am Tage vorher hatte nach einigen Arbeitslosenversammlungen die Polizei am Schiffbauerdamm friedlich demonstrierenden Arbeitslosen eine Schlacht geliefert und in der Charitestraße das Verbandshaus der Metallarbeiter gestürmt, wobei auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung wartende Metallarbeiter mit gezücktem Säbel die Treppe hinauf verfolgt wurden. Die Polizei traf Vorbereitungen, als ob sie Straßenkämpfe erwartete. Den Unterschied zwischen Straßenkämpfen und zwischen den in allen zivilisierten Ländern erlaubten Straßendemonstrationen will die preußische Polizei nicht begreifen. Am 22. Januar fanden keine Demonstrationen statt. Nur die aufgebotenen Polizeimassen demonstrierten. Bülow lehnte eine Beantwortung der Interpellation ab, da die Konsignierung des Militärs Sache der Kommandogewalt sei und für innere preußische Angelegenheiten der Reichstag nicht zuständig sei. Sodann antwortete Bülow dennoch, insofern er einige Redensarten über den „gefährlichen Unfug“ der Straßendemonstrationen vom Stapel ließ und die bürgerlichen Parteien aufforderte, einig zu sein in der Verurteilung der Politik der Straße. Einer solchen Aufforderung bedurfte es freilich nicht erst. Auch die sogenannte bürgerliche Opposition versagte im Wahlrechtskampf völlig. Weder das Zentrum noch die freisinnigen Parteien machten auch nur den Versuch, eine Volksbewegung zu entfachen. Der schwäbische Volksparteiler Payer billigte im Reichstage sogar die Konsignierung des Militärs in den Kasernen, das gegen die Wahlrechtskämpfer bereit sein sollte. Die Sozialliberalen, eine Absplitterung der Freisinnigen Vereinigung, gaben sich redliche Mühe, das Bürgertum für ein demokratisches Wahlrecht zu begeistern. Aber ihnen fehlte ein nennenswerter Anhang. Nachdem im Reichstag Genosse Fischer mit dem „Staatsmann“ Bülow Abrechnung gehalten hatte, schnitten die bürgerlichen Parteien dem Genossen Bebel das Wort ab. Im preußischen Wahlrechtskampf sind Bourgeoisie und Junkertum ein Herz und eine Seele. Das Proletariat ist ganz auf seine eigene Kraft angewiesen.

Im preußischen Abgeordnetenhause schrie der Junker von Brandenstein nach einem Tessendorf, der schnelle Justiz gegen die Sistierten des 12. Januar üben sollte. Der Justizminister versprach, daß die Behörden alles tun würden. Aber bei allem Eifer der Behörden blieb das große Nachspiel aus. Allerdings mußten einige Genossen, die sich durch das Vorgehen der Polizei zu Äußerungen und Handlungen hinreißen ließen, die unter den heute herrschenden Zuständen als Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen werden, im Aufruhrprozeß Paschke und Genossen auf die Anklagebank. Aber nur zwei Genossen wurden wegen Aufruhrs zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, von den übrigen Angeklagten wurden 14 wegen Widerstands, Beleidigung, groben Unfug zu insgesamt 18 Monaten, 6 Wochen Gefängnis und 230 Mk. Geldstrafe verurteilt. Und das nur mit Hilfe des dolus eventualis. Die von Brandenstein heiß ersehnten grausamen Strafen mußten ausbleiben. Der Wahlrechtssonntag war nicht zu diskreditieren. Die Gerichtsverhandlungen bestätigten den würdigen Verlauf der Straßenkundgebungen. — Die 445 dringenden Telegramme, die dem Abgeordnetenhause aus den Versammlungen in der Nacht zum 10. Januar zugegangen waren, wurden auf Antrag der Petitionskommission der kgl. Staatsregierung am 3. April als Material überwiesen.

Am 18. März wurde in Berlin und einer Anzahl Großstädte durch Abhaltung von Nachmittagsversammlungen demonstriert. Die „Freis. Ztg.“ „enthüllte“ vorher, daß für diesen Tag der Generalstreik proklamiert würde. Eine solche Absicht hatte nie bestanden. Die Arbeitsruhe sollte am 18. März nicht zum Kampfobjekt zwischen Unternehmern und Arbeitern gemacht werden. Arbeitgeberverbände drohten, die Feiernden vor dem 23. März nicht mehr einzustellen. Die preußischen Bougeois kennen keine Neutralität in den Wahlrechtskämpfen, wie ihre Klassengenossen in Österreich und Ungarn sie in gleichen Fällen beobachteten. Die Klassengegensätze sind in Preußen-Deutschland mehr zugespitzt, denn irgendwo anders. Die Polizei war am 18. März wieder in ganz Preußen mobil gemacht. In Berlin war die innere Stadt, besonders die Schloßgegend, von Polizei überschwemmt. Die Märzdemonstrationen waren die schönste Märzfeier, die den Toten des 18. März 1848 seit 60 Jahren gewidmet wurde. Am Grabe der Märzgefallenen defilierten vom frühen Morgen bis zum späten Abend Tausende vorbei, die gelobten, nicht eher zu ruhen, als bis die Ideale der Märzgefallenen restlos erfüllt sind.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Der Verbandstag der Schneider wurde am Montag in Gegenwart von 79 Delegierten und 5 Gauleitern eröffnet. Beschlossen wurde nach den üblichen Formalitäten, die Tagesordnung um den Punkt: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Lieferungsbranche“ zu vermehren. Den Vorstandsbericht ergänzte Stühmer. Die Versammlungen für Heimarbeiterschutz seien von 13 000 Kollegen und Kolleginnen besucht gewesen. Für die Streiks und Aussperrungen mußten nicht weniger als 300 623,34 Mk. aufgewendet werden, doch standen diese enormen Ausgaben in keinem Verhältnis zu den Verbandsfinanzen. Der Verband mußte deshalb von anderen Gewerkschaften Darlehen in der Höhe von 108 000 Mark aufnehmen. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ausgeschriebene Sammlung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Es gingen nur 12 756 Mk. ein, und davon allein von den Bergarbeitern 5000 Mk., von den Schuhmachern 2000 Mk. und von den Textilarbeitern 1000 Mk. Der Friedensschluß, die Vereinbarungen des Hauptvorstandes mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes rief im ganzen Lande bei den Kollegen eine starke Opposition gegen den Hauptvorstand hervor. Man müsse aber berücksichtigen, daß der Vorstand bei der ganzen Sachlage nicht anders handeln konnte. Nach Erstattung der übrigen, die Öffentlichkeit nicht weiter interessierenden Berichte trat Vertagung ein.

Aus dem Ruhrrevier. Die „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer sensationelle Mitteilungen. Danach sollen in dem Prozeß, der wegen des vor drei Jahren auf Zeche „Borussia“ ausgebrochenen Schachtbrandes gegen den Betriebsführer Rüper vor der Dortmunder Strafkammer geführt wurde, wissentlich falsche Aussagen zugunsten der Zechenverwaltung gemacht worden sein. Es sollen sich Beamte gegenseitig des Meineides und der Verleitung zum Meineide bezichtigt haben. Die „Bergarbeiterzeitung“ bietet der Bergbehörde und der Staatsanwaltschaft die Namen der Zechenbeamten und sonst in Frage kommenden Personen an und fordert die genannten Behörden auf, der Sache auf den Grund zu gehen.

Unternehmer für einen Streik. Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe gab folgende Erklärung ab: „Da sich die Firma Grove zu Jena fortgesetzt weigert, den Beschlüssen der dortigen Schlichtungskommission sowie den vertraglichen Bedingungen nachzukommen, wird dieselbe hiermit auf Antrag des Bezirksverbandes Jena aus dem Arbeitgeberschutzverband ausgeschlossen. Der inzwischen ausgebrochene Streik wird als berechtigt erklärt, unsere Mitglieder haben demnach das Recht, die streikenden Arbeiter der Firma Grove einzustellen.“ Die „Post“ et tutti quanti werden natürlich gegen diese „pflichtvergessenen“ Unternehmer förmlich wüten.

Was lesen unsere Arbeiter? Die im Oktober 1906 eröffnete Tagesbibliothek der Frankfurter organisierten Arbeiterschaft veröffentlichte soeben ihren Jahresbericht für 1907. Der Bericht erstreckt sich zum erstenmal über ein volles Geschäftsjahr und hat sich der Bibliothekar der dankbaren Aufgabe unterzogen, eine Zusammenstellung über die am meisten ausgeliehenen Bücher zu machen. Nach dieser war das am öftersten gelesene Buch „Die deutsche Revolution“ von W. Blos, das 131 mal ausgeliehen wurde. Ihm folgen: Germinal, Roman von Emile Zola, mit 125, Die Frau und der Sozialismus von Aug. Bebel mit 117, Die Darwinsche Theorie von Aveling mit 97 Entleihungen. Der meist gelesene Autor war Zola, ihm folgen Dumas, Gerstäcker, Schiller, Gorki, Tolstoi, Goethe, Heine. Die nachfolgende Zusammenstellung nach verschiedenen Abteilungen gibt darüber genauen Aufschluß. Es wurden verliehen: Klassiker, Dramen, Gedichte: 20 Bände Schiller, zusammen 217 mal; 12 Bde. Goethe 130 mal; 12 Bde. Heine 121 mal (davon Buch der Lieder allein 70 mal); 5 Bde. Stolze (Frankfurter Dialektdichter) 110 mal; 9 Bde. Shakespeare 98 mal; 8 Bd. Reuter 82 mal; 6 Bd. Hauff 61 mal; Gerh. Hauptmanns Weber 45 mal. In der Belletristik steht Zola (24 Bände) mit 688 Entleihungen an erster Stelle. Dann folgen: 20 Bde. Dumas 552; 9 Bde. Gerstäcker 291; 5 Bde. Gorki 169; 9 Bde. Tolstoi 163; 4 Bde. Freitag 111; 4 Bde. Rosegger 109; 4 Bde. Sue 105; 4 Bde. Blos 104; 4 Bde. Robert Schweichel 90; 3 Bde. Klara Viebig und Guy de Maupassant je 81: 3 Bde. Wolzogen 78; 2 Bde. Kurz, Sudermann, Berta v. Suttner je 53; 2. Bd. Ludwig Jakobowski 51; 2 Bde. Gottfried Keller 46 und 2 Bde. Raabe und Kretzer mit je 45 Entleihungen. Disraelis Roman Sybil wurde 66 mal entliehen. Becker, Lassalles Lebensende fand 42 und Cervantes, Don Quichote, 33 Leser. Charakteristisch ist, daß die Arbeiter immer noch ein lebhaftes Interesse für die Dreyfus-Affäre zeigen, die sich dadurch dokumentiert, daß sie mit großer Vorliebe zu dem ziemlich unbedeutenden Memoirenwerk des Exkapitäns „Fünf Jahre meines Lebens“ greifen. Es wurde 57 mal entliehen. Naturwissenschaftliche und philosophischen Schriften wurden ausgegeben: Aveling, Die Darwinsche Theorie, 97 mal; Köhler, Weltschöpfung und Untergang, 58 mal; Dodel, Moses oder Darwin, 55 mal, Entweder — oder, 39 mal; Bölsche, Abstammung des Menschen, 51 mal; Langkavel, Der Mensch und seine Rassen, 38 mal; Bommeli, Geschichte der Erde, 37 mal; Zimmermann, Die Wunder der Urwelt, 36 mal; Teichmann, Vom Leben und vom Tode, 34 mal; Darwin, Abstammung des Menschen in geschlechtlicher Beziehung, 24 mal, und Heigel, Spaziergänge eines Atheisten, 22 mal. Von den Büchern über Welt- und Kulturgeschichte fand Die deutsche Revolution von Wilh. Blos die meisten Leser, es wurde 131 mal ausgegeben. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg 69 mal; Kenan, Sibirien 58 mal, Nansen, In Nacht und Eis 48 mal; Engels, Ursprung der Familie 46 mal; Liebknecht, Robert Blum und seine Zeit 40 mal; Emser Depesche 34 mal; Renan, Das Leben Jesu 37 mal; Lissagarey, Geschichte der Kommune 32 mal; Sven Hedin, Abenteuer in Tibet 32 mal; Bock, Unter den Kannibalen von Borneo 29 mal und W. Blos, Franz. Revolution 1789 26 mal. Bei den Schriften unter der Rubrik Sozialwissenschaft und Volkswirtschaft steht Bebels Frau und der Sozialismus mit 117 Lesern an der Spitze. Dann folgen: Kautsky, Erfurter Programm und Marx' Ökonomische Lehren mit je 37 Entleihungen; Hochverratsprozeß gegen Bebel, Liebknecht, Hepner 36; Lassalles Reden und Schriften 1. Band 26, 2. Band 11, 3. Band 6; Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter 24, und Bebel, Die Kaiserrede im Reichstage mit 18 Entleihungen. Das Verhältnis der Unterhaltungsliteratur zu den Büchern rein wissenschaftlichen Inhalts ist wie 2 zu 1. Ungefähr zwei Drittel der gelesenen Bücher gehören der ersteren an. Von diesen wurde jeder Band durchschnittlich 19 mal verliehen. Der Bücherbestand beträgt 4300 Bände, und da im Berichtsjahre 17 000 Bücher (gegen 8500 im Vorjahre) ausgeliehen wurden, kommen auf jedes Buch vier Entleihungen. Im Durchschnitt wurden pro Tag 55 Bücher ausgeliehen und beträgt die Leserzahl 1771. Es wäre sehr wünschenswert und angebracht, wenn andere Arbeiterbibliotheken ähnliche Statistiken veröffentlichen würden. Diese wären zur Beurteilung des Bildungsbedürfnisses der Arbeiter außerordentlich wichtig und von großem Interesse.

Die Beendigung der Kämpfe in Dänemark. Durch eine Depesche ist bekannt geworden, daß der dänische Gewerkschaftsverband in der Konferenz seiner Repräsentanten aller Berufe aus dem ganzen Lande den Vermittlungsvorschlag des Ministers mit 116 gegen 22 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gutgeheißen hat. Auch die dänische Arbeitgebervereinigung nahm den Vorschlag an, so daß der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden und Ausgesperrten nichts mehr im Wege zu stehen scheint, die angekündigte Generalaussperrung hinfällig geworden ist. Allerdings haben die Lithographen mit 127 gegen 92 Stimmen, die Schuharbeiter mit 488 gegen 190 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt; praktische Bedeutung kann das jedoch nicht haben, da die Entscheidung der Vertretung der gesamten Arbeiterschaft maßgebend ist, die jener unbedeutenden Konflikte wegen in einen Riesenkampf gedrängt werden sollte. Es haben sich in der dänischen Gewerkschaftsbewegung in letzter Zeit Bestrebungen zur Herbeiführung eines Generalstreiks geltend zu machen gesucht, in der Meinung, man könnte dadurch die Macht der Arbeitgebervereinigung dauernd brechen. Daneben zeigen sich Zersplitterungsversuche gegenüber dem Gesamtverband der Gewerkschaften. Die Repräsentantschaft dieses Verbandes hat jedoch auf ihrer Konferenz einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Repräsentantschaft verurteilt aufs schärfste alle Zersplitterungsbestrebungen und alle ganz- oder halbanarchistischen Tendenzen, die nur eine Überlieferung der unentwickelten Arbeiterbewegung früherer Zeiten sind und die, wenn sie siegten, nur einen Niederbruch des Organisationswerkes eines Menschenalters mit sich führen würden, das man mühsam wieder aufbauen müßte, wodurch die Arbeiterbewegung um viele Jahre zurückgedrängt würde.“

In der Resolution wird ferner dem dänischen Buchdruckerverband Dank dafür ausgesprochen, daß er mit so großer Einmütigkeit und Stärke — durch die Arbeitsniederlegung in den Zeitungsdruckereien — die Kriegspläne der Arbeitgebervereinigung durchkreuzte. Die Resolution schließt mit den Worten:

„Durch einmütige und planmäßige Tätigkeit sowohl auf dem gewerkschaftlichen, kooperativen wie politischen Gebiet, durch weitere Aufklärung und Befähigung, über-

haupt durch klugen und energischen Gebrauch aller Mittel, die zu Gebote stehen, und nur hierdurch wird die Arbeiterklasse ihre Befreiung in einer neuen Gesellschaft erreichen, wo das gemeinsame Eigentum an Produktionsmitteln die Grundlage für die Interessenharmonie innerhalb der Gesellschaft und für die Brüderlichkeit zwischen den Nationen bildet."

Der Streik in den graphischen Berufen ist nun definitiv beendet; die beteiligten Organisationen sind den Vermittlungsvorschlägen des Ministers Berg beigetreten. Im Buchdrucker-, Papier- und Buchbinderfach wurde die Arbeit Dienstag, und in den übrigen Fächern heute Donnerstag wiederaufgenommen.

Die Berliner Partei und der Nürnberger Parteitag. Montag abend fanden in allen sechs Kreisen die Parteiversammlungen statt, welche sich mit dem Parteitag in Nürnberg befaßten. Im 1. Kreis sprach sich die Versammlung mit kleiner Mehrheit für selbständige Jugendorganisationen aus. Weiter forderte sie in einer Resolution strikte Durchführung der Maifeier und verurteilte sehr scharf die Budgetbewilligung durch die süddeutschen Landtagsabgeordneten. Im 2. Kreis nahm die Versammlung einen ähnlichen Verlauf, nur soll die Selbständigkeit der Jugendorganisation insofern eine bedingte sein, als sie der Parteileitung und Generalkommission unterstellt wird. Die Parteiversammlung des 3. Kreises nahm den gleichen Verlauf wie die des 1. Kreises. Im 4. dasselbe, nur spricht die Resolution, welche die Budgetbewilligung tadelt, gleichzeitig ihr Einverständnis mit der Haltung des „Vorwärts" aus. Im 5. Kreis wurde eine Selbständigkeit der Jugendorganisation abgelehnt. Die Maifeier soll wie bisher begangen werden, und die Budgetbewilligung wurde auch hier scharf verurteilt. Der 6. Kreis faßte zur Jugendorganisation und Maifeier keine Beschlüsse, doch ging aus der Diskussion soviel hervor, daß die Versammlung für selbständige Jugendorganisation und für strikte Durchführung der Maifeier war. Die Budgetbewilligung wurde — wie in anderen Kreisen — durch Annahme einer Resolution scharf verurteilt.

Auch ein Vorschlag. Auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Brandenburg-Westhavelland referierte Genosse Peus über das neue Vereinsgesetz und die Organisation. Er wünschte das Aufhören der polizeilichen Aufsicht in politischen Vereinsversammlungen dahin ausgenützt zu sehen, daß überall feste Parteikörper, sozusagen Parteigemeinderäte gebildet werden, wo unter Ausschluß der Öffentlichkeit die berufenen Vertreter der Partei die politischen Maßnahmen betreiben können. Sehr richtig wurde auf diesen, besonders nach den Erfahrungen mit dem badischen „Schweigegebot" auffallenden Vorschlag erwidert, daß dies die demokratischen Grundsätze der Partei untergraben würde.

Ein Parteisekretär wird in Hanau-Gelnhausen angestellt. Als solcher wurde Genosse Dißmann-Frankfurt a. M. gewählt.

Der allgewaltige Polizeipräsident. Montag abend erschienen in Magdeburg in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins zwei Beamte. Die Versammlung beschloß, nicht unter Überwachung zu tagen und schickte eine Deputation zum Polizeipräsidenten. Dieser äußerte sich dahin: „Mir ist bekannt, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelt. Ich habe aber trotzdem die Beamten hingesandt und habe nicht die Absicht, sie zurückzurufen; mir ist auch bekannt, daß in Breslau ein ähnlicher Fall mit einer Freisprechung endigte, doch ändert diese Tatsache nichts an meinen Entschlüssen." Die Versammlung wurde für den Abend geschlossen, es wurde aber sofort telegraphisch Beschwerde beim Minister des Innern eingereicht. Außerdem soll ein Klageverfahren im Verwaltungswege eingeleitet werden. In einem benachbarten Lokal waren 2 Kommissare, sowie 28 Schutzleute, um im Streitfall eingreifen zu können. Die Versammlung ging jedoch ruhig auseinander.

Aus dem Gerichtssaal.

Schnelle Justiz. Der Amtsrichter Dr. Steinhardt in Gnesen, dessen Verhaftung wir gestern meldeten, ist wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches zu sechs Monaten einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Ferner wurde ihm die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf ein Jahr aberkannt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Vier Jahre Gefängnis wegen einer Kinderei. Der Kanonier Rzonsa vom Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 6 hatte im angetrunkenen Zustande in einem Tanzsaale den Befehl eines Patrouillenführers nicht beachtet und den Führer sowie Zivilpersonen mit dem Seitengewehr unerheblich verletzt. — Vom Kriegsgericht in Glogau wurde er dieserhalb zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vertreter der Anklage beantragte fünf Jahre sechs Monate Gefängnis. Zwei ärztliche Sachverständige, denen die Frage wegen der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten bei Begehung der Tat vorgelegt wurde, sprachen sich dahin aus, daß der Angeklagte bei Begehung der Tat wohl unter dem Einfluß des Alkohols gestanden habe, aber nicht sinnlos gewesen sei.

Strafe muß sein. Einen ganz eigenartigen Ausgang nahm ein Militärprozeß, der sich beim Infanterie-Regiment Nr. 170 in Offenburg in Baden abspielte. Der Karlsruher „Volksfreund" hatte am 18. März d. J. berichtet, daß von der 5. Kompagnie des genannten Regimentes seit Weihnachten 1907 zwei und vor Weihnachten drei Mann wegen Drangsalierungen desertiert seien. Daraufhin las der Major der 5. Kompagnie den „Volksfreund"-Artikel vor und fügte hinzu: „Wenn Ihr zu Eurem Hauptmann kein Vertrauen habt, so wendet Euch an mich!" Das taten einige Soldaten. Und der Erfolg: Sergeant Farr erhielt wegen Mißhandlung von Untergebenen 5, Sergeant Mary 17 Tage Arrest. So weit wird das Verhalten der Militärbehörde nur anzuerkennen sein. Aber das dicke Ende kam nach. Man wollte gern wissen, wer denn den „Volksfreund" von den vorgekommenen Mißhandlungen unterrichtet hatte. Zu diesem Zwecke leitete man ein kleines Inquisitionsverfahren gegen die „Verdächtigen" ein und nahm schließlich die Musketiere Deistel und Kötschau in Haft. Zunächst sollten die beiden „Meuterei" verübt haben. Aber es ließ sich so gar kein Beweismaterial herbeischaffen, obwohl man auch den Verantwortlichen des „Volksfreund" — den Genossen Kadel — natürlich vergebens — um solches gebeten. Deistel ließ man wieder laufen. Kötschau aber wurde in Untersuchung gezogen „wegen Ungehorsam gegen einen Befehl durch Verletzung der Verschwiegenheit in Dienstangelegenheiten." Wie dieses Verfahren enden wird, bleibt abzuwarten. Inzwischen erinnerte man sich, daß Kötschau vor ³/₄ Jahren den Sergeanten Mary den Gehorsam verweigert hatte, weil dieser ihn gar arg gequält. Und Mary war doch derselbe, der seine 17 Tage in letzter Linie dem „Volksfreund"-Artikel dankte. Also wurde Kötschau vor das Kriegsgericht der 39. Division gestellt und dieser Tage wegen Gehorsamsverweigerung, die volle neun Monate zurückliegt, zu 43 Tagen Festung verurteilt. — Das Empfinden des Laien läßt sich vielleicht im Falle Kötschau dahin zusammenfassen: „Geht's nicht auf diese, dann auf eine andre Art; aber bestraft wird."

Aus Nah und Fern.

An Pilzvergiftung ist in Meißen die aus sechs Personen bestehende Familie des Schlossers Eberling schwer erkrankt. Drei Personen sind bereits gestorben. Die anderen schweben in Lebensgefahr. — Auch in Ostrowo ist eine Familie an Pilzvergiftung erkrankt; ein achtjähriger Knabe ist bereits gestorben.

Eine Verhaftung im Gefängnis. Im Landesgerichtsgefängnis in Erfurt wurde dieser Tage der Gefangenaufseher Teichmann verhaftet, der erst vor einigen Monaten von Magdeburg nach Erfurt versetzt worden war. Der verheiratete Beamte soll sich im Magdeburger Gefängnis eines Verbrechens dadurch schuldig gemacht haben, daß er mit einem dort inhaftierten Mädchen intime Beziehungen anknüpfte, die nicht ohne Folgen geblieben sind. Teichmann ist inzwischen zu seiner Aburteilung nach Magdeburg transportiert worden.

Ein feiner Herr. Die „Volksstimme" berichtet aus Magdeburg: Eine eigenartige Überraschung bot sich am Donnerstag früh kurz vor 6 Uhr einigen Arbeitern, die nach Buckau zu ihrer Arbeitsstelle zu gehen im Begriff waren. Aus einem Hause in der Nähe des Hasselbachplatzes war ein Mädchen im Alter von 18 bis 20 Jahren entflohen. Es war nur mit zwei lose übergeworfenen Unterröcken bekleidet, im übrigen aber entblößt. Der Rücken des Mädchens wies mehrere zwei Finger breite, rote und geschwollene Striemen auf, die von Hieben herrühren mußten. Die Arbeiter hatten Mitleid mit dem frierenden Mädchen und erhielten auf ihre Fragen die Antwort, daß das Mädchen mit einem „Herrn" mitgegangen und nun mit einem Säbel geschlagen worden sei. Die Arbeiter wollten nun gemeinschaftlich mit dem Mädchen dessen übrige Kleidungsstücke aus dem Hause holen, sie wehrte aber ab mit den Worten: „Um des Himmels willen, der schlägt mich sonst tot!" Ein Schutzmann nahm sich nunmehr des Mädchens an und veranlaßte die weiteren Schritte. Wie mitgeteilt wird, handelt es sich in dem Herrn um einen Doktor aus Braunschweig, der eine Reserveoffiziersübung abzuleisten hat. Der Herr schickte auf die Redaktion der „Volksstimme" einen Dienstmann, um zu veranlassen, die Sache nicht in die „Volksstimme" zu bringen. Zum Dank für die Gefälligkeit sollte er dem Berichterstatter ein paar Markstücke in die Hand drücken.

Diese armen Reichen! In einem Blatt in Dresden war kürzlich folgendes Inserat zu lesen: „Da ich leider nicht in der glücklichen Lage bin, die mir von der Stadt Dresden auferlegten unerschwinglichen Steuern weiter zu zahlen, suche ich zum 1. Oktober oder per sofort eine schöne moderne Wohnung in einem nicht zu Dresden gehörigen Vororte. Königlicher Kammersänger Karl Burrian." Der arme Mann ist wirklich zu bedauern. Soweit bekannt, ist er im Besitz eines ganz respektablen Vermögens, und das Gesamteinkommen des Herrn Burrian dürfte nahe an 100 000 Mk. pro Jahr herankommen. Da fällt allerdings das Steuerzahlen schwer.

Ungetreuer Kassierer. Die Flucht ergriffen hat der Kassierer der Dresdener Bank, Herrmann Eckert in Dresden. Er hat 233 000 Mark unterschlagen. — Die bürgerliche Presse wird bedauern, daß der Mann nicht Sozialdemokrat war, wie nett hätte man diesen Fall ausschlachten können!

Die fürstliche Ohrfeige. Um die Angelegenheit zu schlichten, hat jetzt der Fürst von Fürstenberg dem Kommandanten der Triberger Freiwilligen Feuerwehr, Eisele, vor einer Abordnung des ganzen Feuerwehrkorps Abbitte geleistet. Der Fürst hatte Eisele bekanntlich geohrfeigt.

Im Zeichen des Verkehrs. Die hannoversche Handelskammer hatte beim Reichspostamt die Herausgabe einer Dreipfennigpostkarte für den Lokalverkehr angeregt. Das Reichspostamt hat einen ablehnenden Bescheid erteilt, mit der Begründung, daß man die vorhandenen Wertzeichen nicht noch vermehren könne. Der wahre Grund ist das natürlich nicht, denn das Reichspostamt hält lediglich im fiskalischen Interesse an der Fünfpfennigpostkarte fest. Von einer Verbilligung im Ortsverkehr befürchtet man eine finanzielle Einbuße und die Reichspostverwaltung sieht als ihre Hauptaufgabe nicht die Förderung des Verkehrs, sondern die Plusmacherei an.

Streng vertrauliche Bettelei. Die „offizielle Ausgabestelle für die Zeppelin-Sammelmarke der Motorluftschiff-Studiengesellschaft" verschickt gegenwärtig ein als „streng vertraulich" bezeichnetes Zirkular, indem sie zunächst ihren Daseinszweck in folgenden Worten kundtut: „Auf Anregung Sr. Majestät des Kaisers und unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten der wichtigsten Berufszweige begründet, ... hat die Motorluftschiff-Studiengesellschaft die Aufgabe übernommen, alle aussichtsvollen Arbeiten auf dem Gebiete des Motorluftschiffbaues zu unterstützen, wodurch sie zum Mittelpunkt aller Bestrebungen auf diesem Gebiete geworden ist." Nach dieser bescheidenen Einleitung folgt die Bitte, ihr „künstlerische Zehnpfennig-Sammelmarken" abzunehmen. Wahrscheinlich als Probe ist ein Bildchen aufgeklebt, das einen Fürsten im Krönungsornat darstellt. Bei unserer geringen Vertrautheit mit Höchsten und Allerhöchsten können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, wessen Konterfei es sein soll; wir raten auf King Ede. Vermutlich soll er Schrecken einjagen, von wegen seiner meerbeherrschenden Flotte, und so aneifern, für die deutsche „Seegeltung" etwas zu tun durch Förderung des Luftschiffbaues, da, wie es am Schlusse heißt, „die Sicherung der Vorherrschaft in der Luft unsere Marine aber in wirksamer Weise unterstützen wird". Bemerkenswert ist noch die Angabe, daß am 1. September die deutschen Banken auf alle ihre Briefe Zeppelin-Sammelmarken kleben wollen.

Der Erfindergeist im Dienst des Militarismus. In München fanden Montag in Gegenwart der Artillerie-Prüfungskommission aus Berlin, des bayerischen Kriegsministeriums, der Feldzeugmeisterei, der Inspektion des Ingenieurkorps und der Festungen und Marine Versuche mit einem neuen, von Ingenieur Gehre erfundenen Explosivstoff statt. Die Proben waren von sensationellem Erfolg begleitet und erweckten das Erstaunen der Vertreter der militärischen Behörden. Zu den Sprengversuchen hatte man vier nach Kruppscher Vorschrift hergestellte Gruben, je einen Kubikmeter umfassend, ausgehoben und mit 5 mm starkem Eisenwalzblech ausgelegt. In diese Gruben bettete man auf einer Sandschicht über zwei Holzlagern drei 7,5 cm Schnellfeuergranaten, die mit je 80 Gramm Explosivstoff geladen waren, ferner einen 1,4 Zentner schweren Weichbleiblock, dessen Bohrung mit 300 Gramm Explosivstoff geladen wurde. Hierauf wurden die Gruben mit feuchtem Sand gefüllt, um die Splitter der Sprengobjekte festzuhalten. Ferner erhielten zwei Eisenträger Sprengstoffauflagen von je 600 Gramm, zwei frische Kiefernhölzer von je 350 Gramm, ein Steinkloß von 3 Kubikmeter erhielt eine Sprengstoffauflage von 1½ Kilogramm, ein ³/₄ Kubikmeter umfassender Steinkloß wurde mit etwa ³/₄ Kilogramm Sprengstoff unterminiert. Durch eine elektrische Zündung wurden dann die einzelnen Ladungen zur Explosion gebracht. Zuerst wurde die drei Granaten gesprengt, die in 180 einzelne Stücke zerrissen wurden, der Weichbleiblock wurde ganz zerschmolzen und alles andere in tausende Stücke zerrißen. Das Erstaunen über den Erfolg dieser Proben war groß, und der Explosivstoff wurde vorläufig für das Deutsche Reich mit Beschlag gelegt.

Die preußische Rechtspflege wird wieder einmal prächtig illustriert durch eine Notiz, die durch die bürgerliche Presse läuft; danach hat sich der Rittergutsbesitzer Karl Reimann umfangreiche Betrügereien zuschulden kommen lassen und ist deswegen im Oktober 1906 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe wurde nicht vollstreckt, man glaubte dem Herrn Rittergutsbesitzer, daß er „krank" sei. Die ihm so mildherzig belassene Freiheit benutzte der Mann aber, um neue Schwindeleien ganz außerordentlicher Art zu begehen und erst, als neue Anzeigen einliefen, dachte man wieder an den Herrn Rittergutsbesitzer. Aber jetzt war er überhaupt nicht aufzufinden. Erst jetzt ermittelte die Berliner Kriminal-Polizei, daß sich der Gesuchte in Bad Oynhausen aufhalten soll. Ein dorthin entsandter Kriminalbeamter traf ihn beim besten Wohlsein und in der heitersten Laune an. Er wohnte in einem vornehmen Hotel und hatte sich nach dem von ihm erschwindelten Rittergut Mosau den Namen eines „Rittergutsbesitzers von Mosau" beigelegt. Die Zeitungen berichten im schnodderigen Reporterstil, daß der Schwindler seine „Badekur" unterbrechen mußte, um dem Gericht gegenüber seine Verpflichtungen zu erfüllen. Beinahe könnte das Verwunderung erregen, denn wenn dieser Schwindler aus den höheren Kreisen zwei Jahre unangefochten herumlaufen und weiter schwindeln konnte, ohne daß die rechtskräftige Strafe Vollstreckung fand, würde es kaum auffallen, wenn er ganz um diese unangenehme Sache herumkäme. — Man halte nun aber dieser Milde gegenüber das Verhalten der preußischen Justiz gegen Sozialdemokraten, die sich im politischen Kampf Strafen zuzogen! Genosse Liebknecht mußte bekanntlich unmittelbar nach seiner Verurteilung und noch vor Zustellung des Urteils die Festung beziehen. Trotzdem sind aber vor dem Gesetz „alle Preußen gleich."

Der tote Leser. Ein Leser einer großen amerikanischen Zeitung wandte sich jüngst mit einer Beschwerde an einen Ressort-Redakteur. Nachdem dieser ihn einige Minuten hatte warten lassen, ließ er sich direkt an den Chef-Redakteur weisen. „Verehrter Herr," so sagte er, „ich erfahre soeben durch Ihre werte Zeitung, daß ich gestorben bin." „Wenn das meine Zeitung schreibt," entgegnete der Chef-Redakteur mit einem gewissen Selbstbewußtsein, „so beruht das unbedingt auf Tatsachen." „Aber ich versichere Sie, Sie sehen mich doch hier in figura, was jedenfalls ein Beweis ist, daß ich lebe. Ich erwarte von Ihrer Zeitung einen Widerruf, daß ich noch nicht gestorben bin." „Unmöglich, Verehrtester, wir widerrufen niemals, und haben es auch bei keiner einzigen Zeile getan, die in unserer Zeitung erschienen ist, da bei uns eben alles authentisch ist und auf Wahrheit beruht. „Und ich muß dennoch auf Widerruf bestehen." So wurde die Wechselrede immer hitziger, und Chef-Redakteur und Abonnent hätten sich beinahe in den Haaren gelegen. Da hatte der Chef-Redakteur plötzlich einen genialen Einfall. „Um Ihnen mein Entgegenkommen zu beweisen, werde ich Sie morgen auf die Geburtsliste meiner Zeitung setzen!"

Seelenrettung mittels Hohlnadel. Wie das Produkt eines Satirikers mutet eine Notiz an, die gegenwärtig durch die Zeitungen läuft. Die in Linz a. d. Donau von den Professoren der bischöflich-theologischen Lehranstalt herausgegebene „Theologisch-praktische Quartalschrift" 1908, Heft 2, S. 317, bringt, wie die „Zeit am Montag" berichtet, aus der Feder eines Mediziners einen Aufsatz, dessen Titel also lautet: „Die Taufe im Mutterleib mittels der Hohlnadel, eine neue Methode, auf einfache Weise ein Kind in utero gültig zu taufen. Für Seelsorger, christliche Ärzte und Hebammen." Das Vorwort versichert: „Die Arbeit verfolgt den Zweck, einer großen Gnadenquelle der katholischen Kirche noch mehr Zugang zu verschaffen, als dies bisher möglich war." Die angegebene Methode besteht darin, daß das Kind im Mutterleib mittels eines chirurgischen Instruments mit Taufwasser benetzt wird. Die Einzelheiten eignen sich nicht zur Wiedergabe in einer Zeitung; es sei nur erwähnt, daß der Erfinder in seiner Methode einen Fortschritt sieht, indem jetzt zahlreichen Kindern in utero die Taufgnade zugewendet werden kann, die sonst ohne Taufe zu grunde gehen müßten." — Also auch der Katholizismus huldigt dem Fortschritt und macht sich die Errungenschaften der Wissenschaft zu eigen, um die Seelen ungeborener Kinder zu retten.

Das Tagebuch des Abgestürzten. Von dem furchtbaren Schicksal eines in den Bergen abgestürzten Engländers, W. H. Gulliver aus Birmingham, wissen amerikanische Blätter zu berichten. Sechzehn Tage lang schleppte der Unglückliche mit einem gebrochenen Bein sich durch die menschenleeren Einöden, immer auf Hilfe und Rettung hoffend, bis endlich der Tod den Erschöpften von seinen Qualen erlöste. Bis kurz vor der letzten Ohnmacht hat der Verunglückte getreulich Buch geführt über den Verlauf seiner letzten Tage. Mit vor Schmerz zitternder Hand beginnt er seine Aufzeichnungen im Notizbuche mit den Worten: „Mein Name lautet W. H. Gulliver aus Birmingham. Man verständige meine Frau, meine Mutter und mein Kind in K. C., Scusth Street, per Adresse Rand und Smith. Fiel vom Berge und brach das Bein." Nun folgen Tag für Tag die kurzen Aufzeichnungen, die ein erschütterndes Bild geben von dem ohnmächtigen Ringen gegen Tod und Verzweiflung. Sechzehn Tage lang schleppte er sich durch die Einöden fort, das verletzte Bein am Boden nachschleifend und vor sich die Aussicht auf ein schreckliches Ende. Am siebenten Tage schreibt er: „Ich sah Menschen auf dem Fluß. Angerufen. Sie hörten mich sicher, aber fuhren weiter. Mein Bein ist so schlimm, daß ich nur auf dem Rücken weiterkriege." Am zwölften gaukelt die Phantasie ihm zwei Leute vor, die Hilfe versprechen und fortgehen. Am sechzehnten Tage schreibt er das letzte Wort: „Dies ist mein letzter Tag . . ."

Eine Stütze des Zarismus. Die russische Stadt Rybinski ist durch ein unerhörtes Sittlichkeitsverbrechen in die größte Aufregung versetzt worden. Im Baskakowschen Kinderasyl wurde auf direkte Klage der Kinder eine ärztliche Untersuchung aller Kinder vorgenommen, wobei es sich herausstellte, daß 11 Mädchen im Alter von 8 bis 13 Jahren geschändet waren. Vergangen an den Kindern hat sich der Direktor des Asyls, Nakarow, ein bisher geachteter Arzt, ein Mann von 55 Jahren. Während der Aufdeckung des Verbrechens war er gerade auf Urlaub in Petersburg. Der Untersuchungsrichter richtete nach Petersburg den Befehl zu seiner Verhaftung und Einlieferung nach Rybinski.

Briefkasten.

F. Z., Entin. Nicht der Reichstagsabgeordnete M., sondern der Sohn desselben spricht bei Euch.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.